

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 43.-
halbjährlich 86.-
jährlich 192.-

Absendung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1908

4. Jahrgang.

Mittwoch, 2. April 1924.

Nr. 79.

Ein Schandurteil.

Nach dem Urteil über Zeigner, den Sozialdemokraten, nun das Urteil über die Gruppe hochgestellter Verbrecher, die in München am 9. November darauf ausgegangen waren, die deutsche Republik mit Waffengewalt zu stürzen. Das eine grausam hart, das andere ein Urteil von größter Milde, ein Lustspiel gegen die Verbrecher, eigentlich nur eine Verurteilung zum Schein. Dabei wurde in dem einen Falle keine der Straftaten bewiesen, im anderen Falle war die Tat, die Vorbereitung zum Bürgerkrieg und zum Staatsumsturz nicht nur voll erwiesen, die Angeklagten bekannten sich, bis auf den allzeit mutigen Ludendorff, auch voll zu ihr, allerdings unter der Voraussetzung: „Es kann d'r nix g'jeh'n!“ Man kann das Münchener Schandurteil nicht ohne Erschütterung vernehmen. Recht, Gesetz und Volksempfinden wird damit schändlich verletzt, es kommt dem Bankrott der deutschen Justiz gleich. Es zeigt, daß das Recht die Hure nicht nur der besitzenden Klassen, sondern jener neuerlichen politisch-militärischen Landsknechtbewegung geworden ist, die sich „Nationalsozialismus“ nennt.

Was bestimmt das Gesetz als Strafe gegen die, welche mit den Waffen in der Hand die Staatsform stürzen wollen? Als in Deutschland der Belagerungszustand verhängt wurde, wurde verkündet, jeder, der es unternimmt, mit Waffengewalt die Verfassung ändern zu wollen, mit lebenslanglichem Zuchthaus, und wenn andere Staatsbürger dabei an Leib und Leben zu Schaden kamen, mit dem Tode zu bestrafen sei. Das Münchener Gericht aber pfeift auf die Gesetze des Reichs und es fällt ein Urteil, das der Rechtfertigung des begangenen deutschvölkischen Hochverrats, der Vorbereitung zu dem neuen Versuch eines Bürgerkriegs gleich!

Was wäre geschehen, wenn statt der hochgestellten Angeklagten Arbeiter vor Gericht gestanden wären?! Wie hätten Staatsanwalt und Richter da gewetteifert, ihnen die Lore des Zuchthaus zu gewerkschaften! Man braucht sich nur an F e h e n b a c h zu erinnern, dessen Tat darin bestand hat, daß er in bester Absicht ein Telegramm im Ausland veröffentlichte, das längst bekannt war, und dem Deutschen Reich keinen Schaden zuzufügen vermochte. Er sitzt, ebenso wie T o l l e r und R ü h j a m, noch immer im Kerker, während dem Kapitän Erhardt Knapp vor Beginn seines Hochverratsprozesses liebestvoll die Lüre des Gefängnisses zur Flucht geöffnet wurde. Wären Arbeiter an Stelle der Hitler, Ludendorff und Konjorten vor Gericht gestanden, Menschen, die nicht aus Selbstsucht, wie die Bürgerbräuhelden, sondern aus Ueberzeugung gehandelt hätten, so hätte sie als Strafe lebenslangliches Zuchthaus getroffen!

Doch, wo über Generale, Polizeipräsidenten, Offiziere und Staatsmänner abzuurteilen war, da fühlten sich die Herren in den Gerichtsräumen mit ihnen eines Sinnes, und nicht die Angeklagten saßen auf der Anklagebank, sondern die arme zusammengewürfelte, geschändete Republik! Von den zehn Angeklagten wurde eigentlich nur über vier eine Strafe verhängt, eine Strafe zudem, die ihnen nicht wehe tun wird. Fünf der Angeklagten, Fried, Röh, Brückner, Wagner und Fernetz wurden zu fünfzehn Monaten Festungshaft verurteilt, doch wird die Strafe nie wirksam werden, da ihnen mit sofortiger Wirksamkeit eine vierjährige Bewährungsfrist gewährt wurde. Das braucht sie nicht zu hindern, ihre, den Staat unterminierende Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen, nur müssen sie die Sache besser anpacken und dafür sorgen, daß ihnen die nationale Revolution das nächstemal besser gelinge. Ludendorff wurde überhaupt freigesprochen, was er dem Gericht sofort mit neuen Freisprüche dankte. Nachdem er des Freispruchs gewiß war, ließ sich der Komödiant, der sich selber zum größten Führer des Jahrhunderts hinaufschickte, auf hohe Köpfe und deklamierende, er empfinde seine Freilassung als eine Schande, weil seine Ra-

Ein schwarzer Tag für Deutschland.

Ludendorff freigesprochen. — Hitler, Böhner, Kriebel und Weber: fünf Jahre (in Wirklichkeit 6 Monate!) Zwangsaufenthalt in einer besetzten Stadt.

München, 1. April. (Vollf.) Heute vormittags wurde das Urteil verkündet. Hitler, Böhner, Kriebel und Weber erhielten je fünf Jahre Festung, Tragung der Kosten und 200 Goldmark Geldstrafe eventuell 20 Tage Festung. Nach Verbüßung einer Strafzeit von sechs Monaten Festungshaft wird für diese Verurteilten eine Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt.

Ludendorff wird freigesprochen unter Ausbüdung der Kosten auf die Staatskasse.

Die Angeklagten Fried, Röh, Brückner, Wagner und Fernetz erhalten wegen Beihilfe je ein Jahr drei Monate Festung und je 100 Goldmark Geldstrafe eventuell zehn Tage Festungshaft und werden zur Tragung der Kosten verurteilt. Diesen Verurteilten wird Bewährungsfrist für den Strafrest mit sofortiger Wirksamkeit bis 1. April 1928 gewährt.

Die Angeklagten waren in großer Uniform erschienen und haben sich im Gerichtshofe photographieren lassen. Eine ungeheure Zuhörermenge war erschienen. Die Wachmannschaft war außerordentlich verstärkt worden; außerdem waren Reichswehr und Sicherheitspolizei in großem Aufgebot zur Stelle. Fried, Röh und Brückner werden sofort aus der Haft entlassen, während Wagner und Fernetz, wie bekannt, auf freiem Fuße befanden.

München, 1. April. Nach Schluß der Urteilsbegründung bat Rechtsanwält Dr. Röder, kurz das Wort ergreifen zu dürfen zu einem Antrage auf Haftentlassung Hitlers. Der Vorsitzende erklärte, das gehöre nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofes; mit der Verkündung des Urteiles sei auch seine Rechtskraft eingetreten. Ein Antrag auf Entlassung sei außerhalb der Sitzung an den Staatanwalt zu richten.

Ludendorff erklärte, er empfinde seine Freilassung als eine Schande, weil seine Kameraden verurteilt worden seien. Das habe „sein Ehrenrod“ nicht verdient. Im Zuschauerraum erklangen bei diesen Worten härmliche Heulvorwürfe, worauf der Vorsitzende diese Bemerkung Ludendorffs als ungebührlich juristisch und die Zuhörer rügte.

Vor den Abperrungslinien kam es nach der Urteilsverkündung zu größeren Ansammlungen, wobei die Polizei einschreiten mußte. Die Stimmung ist sehr erregt, die Ansammlungen dauern an. Bei der Säuberung der Altenbergerstraße durch die blaue verriete Polizei, welche von ihren Gummihüpfeln Gebrauch machen mußte, wurden einige Personen verletzt.

Die Urteilsbegründung.

München, 1. April. In der Urteilsbegründung hält das Gericht für erwiesen, daß Hitler, Kriebel und Weber die Urheber des Planes sind und daß Böhner sich mit der ihm zugedachten Rolle einverstanden erklärte. Das Ziel des Unternehmens war die Beseitigung der Reichsregierung und Gründung einer nationalen Regierung, die die völkischen Interessen vertreten sollte. Zur Verwirklichung dieses Zieles wurden die übrigen Angeklagten herbeigezogen. Diese wurden aber nicht in die vom 6. bis 8. November ge-

schäfteten Beschlüsse eingeweiht. Ihre Tätigkeit erschloß sich in unerwünschten Maßnahmen für die neuen Machthaber. Das ganze Unternehmen der Angeklagten unterscheidet sich grundlegend von dem, was angeblich Mohr, Loffow und Zeißer wollten, nämlich, der Einsetzung einer Reichsdiktatur.

Die zahlreichen Einwendungen der Verteidiger sind sämtlich unhaltbar, so die Frage, ob die Reichsverfolgung in Bayern Günstigkeit habe, ebenso die Auffassung, daß die Reichsverfassung bereits durch Mohr, Loffow und Zeißer und die bayerische Regierung außer Wirksamkeit gesetzt worden sei, ebenso die Behauptung der Verteidi-

methoden verurteilt wurden. Die Angeklagten Hitler, Böhner, Kriebel und Weber erhielten je fünf Jahre Festung, aber aus diesen fünf Jahren werden schlußmittelfalls sechs Monate werden, denn nach Verbüßung dieser Strafzeit wurde ihnen für den Strafrest eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Die „Strafe“ bedeutet also nur eine kleine Unterbrechung im Hochverrat für die Verurteilten. Für den Arbeiter im abgetragenen Kittel ist das Zuchthaus gebaut, für die hakenkreuzlerischen Rebellen und Pratorianer, die sich gegen den Staat auflehnen, um die gestürzte Macht des monarchistischen Absolutismus wieder anzurufen, gilt die ehrenvolle und wahrlich nicht zulange Festungshaft, bei der sie es sich gut sein lassen können. Wie werden, auch wenn sie entlassen sind, die Anguren lächeln bei diesem Urteil, das ihnen, alles in allem, eine kleine Erholungsperiode als Strafe vorräubert! Man weiß, wie es dabei feudalen Verbrechern wie dem Grafen Arco, dem Mörder Eisners, erging. Argendwo in romantisch gelegenen Gelände wird ein hübscher Landstift ausgesucht, der zur Abbüßung dieser „Festungshaft“ als tauglich befunden wird, die „Sträflinge“ werden in komfortablen Räumen wohnen, wobei sie sich die aufkommende Langeweile durch Spaziergänge in den Park und durch Ausflüge in die reizende Umgebung versüßen können. Als Verschärfung der Strafe dienen Liebesabenteuer und Saufgelage. Die Zeit der Unterbrechung der gewöhnlichen Tätigkeit dient so der Erholung, um bald mit neugebildeten Kräften

das schüttige Spiel von neuem beginnen zu können.

Das Urteil des Münchener Volksgerichtes ist ein Schandmal für die bayerische Rechtsprechung, aber es paßt durchaus in die Justizkomödie, die in München seit vier Wochen aufgeführt wurde und schließt sie würdig ab. Man braucht nur die Anklagerede des Staatsanwalts zu hören, um zu wissen, wie das Ende sein werde. Seine Rede war ein Gemisch von Lobeshymnen auf die Verbrecher und den durch das Gesetz gegebenen Zwang, gegen die Hitler und Genossen eine Strafe beantragen zu müssen. Am liebsten hätte er eine Belohnung für Hitler und Ludendorff beantragt. Er mahnte die Ehrenmänner für künftige Fälle zur Einigkeit und Geschlossenheit und beiseite es ihnen mit tiefer Rührung, daß sie nur das Beste für das teure Vaterland gewollt haben, und daß sie aus lauterstem Patriotismus heraus handelten. Dieser kostbare treudeutsche Staatsanwalt bedauerte schmerzhaft, daß der Ruch das erstmal nicht gelungen ist, er könnte nicht, den monarchistischen Aufstand als rühmervorteil nationale Tat zu erklären, und mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, beantragte er eine Festungshaft. Und wie verständnisvoll zeigte sich der Gerichtshof der blauweißen Ausnahmejustiz! Er ließ den schmutzigen Redestrom der Angeklagten freifließen, welche dem applaudierenden deutschvölkischen Partier eine virtuos gespielte hakenkreuzkomödie vorspielen durften. Die Giftmischer teilten sich meisterhaft in die

„legaler Akt“, weil es von Mohr ausgegangen sei. Vielmehr ist Tatsache, daß die Angeklagten auf eine gewalttätige Verfassungsänderung abzielten. Es lag klar auf der Hand, daß sich die bisherige Regierung, die einen Großteil der Bevölkerung hinter sich hatte, nicht durchsetzen würde. Daß die Angeklagten wirklich Widerstand erwarteten und denselben zu brechen entschlossen waren, ergibt sich aus einer großen Anzahl von Äußerungen Hitlers und Webers. Die Behauptung, der Staatsfraid sei gegliedert, ebenso wie die Meinung, der gegliederte Hochverrat sei straflos, ist falsch. Der Staatsfraid der Angeklagten war aus dem Stadium der Vorbereitung hinausgediehen und bereits zum Versuch gelangt, dessen Vollendung weniger von dem Willen der Angeklagten als von dem von der Gegenseite geleisteten Widerstand abhängig war. Der Stein war ins Rollen gebracht, ein Zurück gab es nicht mehr, die Ausführung hatte begonnen und deshalb ist der Tatbestand des Hochverrats objekktiv erfüllt.

Ludendorff nimmt in seiner Verteidigung eine Sonderstellung ein. Er erklärt, er habe zusammen mit Mohr, Loffow und Zeißer den Plan dieser drei Herren: Errichtung einer verfassungsmäßigen Reichsdiktatur verwirklichen wollen. Ludendorff war auch der einzige von den Angeklagten, der im Oktober und November diesen Pläne eines Direktoriums eingehend besprochen und für ihn geworden hat. Er bezeichnete ihn ja sogar als „Patentlösung“. Es ist deshalb nach Ueberzeugung des Gerichtes sicher wahr, wenn Ludendorff behauptet, daß er bei seiner Herbeizugung in den Bürgerbräueller an nichts anderes gedacht habe als an die Verwirklichung dieser Reichsdiktatur im Sinne Mohrs. Im Bürgerbräueller ist ihm nicht bekannt geworden, daß die Lösung bereits im Sinne Hitlers durch Absetzung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten erfolgt war. In der folgenden Nacht und am nächsten Morgen hat Ludendorff sich in der Hauptsache rein passiv verhalten. Jedenfalls hat er keine verfassungsändernden Verhandlungen vorgenommen oder solche in irgend einer Weise gefördert. Hochverrat liegt also auf Seiten Ludendorffs nicht vor. Seine Tätigkeit erfüllt überhaupt nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung. Ludendorff war also freizusprechen.

Bezüglich des Direktoriums ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Angeklagten bei ihrem Tun von rein vaterländischem Geist und von dem edelsten selbstlosen Willen geleitet waren. Es mußten ihnen deshalb mildernde Umstände zuerkannt werden, umso mehr, als die von den

Mohr, durften nach Herzenslust die Republik und den Reichspräsidenten schmäheln, und so gelang es ihnen auch, den Spieß umzudrehen, aus Angeklagten die Ankläger ihrer Kollegen von der anderen Couleur, der Mohr, Loffow und Zeißer zu werden. Bei der Stimmungsmache wirkten die Angeklagten, der Staatsanwalt, der Gerichtshof und das deutschvölkische Gerichtsöffentlichkeit einträchtig zusammen. Lächelnd durfte sich der frühere Polizeipräsident und jetzige Oberlandesgerichtspräsident Dr. Böhner rühmen, daß er schon seit fünf Jahren Hochverrat treibe, höhrend durften auch die anderen Angeklagten ihr Verbrechen verherrlichen. Die Spießgesellen, die um ihres Volkes Schicksal leidenschaftlich gewürfelt hatten und deren Plan nur deshalb nicht gelang, weil sich die eintrigen Waffengefahrten aus Eiferjucht die Köpfe einschlugen, durften sich vor den Schranken des Gerichts aufzuführen, als wären sie in einer hienütigen nationalsozialistischen Versammlung.

Der Verlauf des Prozesses und das Urteil, sie sind nicht nur für die deutsche Justiz, sondern auch für die deutsche Republik eine Schmach. Wo mit dem Rechtsempfinden so schamlos Schindluder getrieben wird, dieser Staat ist dem Tode geweiht, wenn er sich nicht aufrafft, sich des Bestgeschwürs, das sein Leben, seine Ehre zerstört, zu entledigen. Die kommenden deutschen Reichstagswahlen können einen Reinigungsprozeß herbeiführen. Wehe dem deutschen Volke, wenn es die Gefahren, die es bedrohen, nicht erkennt!

Gefahren angehenden Mindeststrafen für solche Taten an und für sich schon reichlich hoch bemessen sind: fünf Jahre Gefängnis bzw. ein Jahr und drei Monate. Eine Ausweisung Hillers als Oesterreicher ist nach Auffassung des Gerichtes nicht angängig, weil Hiller durch und durch deutsch fühlt und deutsch denkt, und dafür im Kriege mit seiner ganzen Person eingetreten ist.

Blätterklimmen.

Berlin, 1. April. (Eigenbericht.) Die Berliner Presse verurteilt das Urteil im Hillerprozeß zum Teil sehr scharf. So sagt das Zentrumorgan „Germania“, das Gericht habe das Vertrauen zur Rechtsprechung sehr erschüttert, da der Gegensatz zwischen den beiden Urteilen, die über kommunistische Hochverräter verhängt worden sind, und dem milden Urteil des Volksgerichtes im Hillerprozeß augenfällig sei; praktisch bedeute das Urteil einen Freispruch und einen Freibrief für den Hochverräter. Die Staatsautorität und das Rechtsempfinden des Volkes ist damit zu Grabe getragen worden. Das „Berliner Tageblatt“ erinnert an die Kammerurteile vom 9. November. Sowohl die Reichsregierung und das bairische Gefamministrum als auch Herr Rahr hatten erklärt, daß das Unternehmen Hillers ein Umsturzverfuch sei, der Deutschland in den Abgrund stoßen müsse. Die Schuldigen müßten rückstandslos der verdienten Strafe zugeführt werden. Wo aber bleibe diese Strafe, wenn das Volksgericht zu der Ansicht komme, daß Hochverräter freigesprochen werden müßten? Auf der anderen Seite erinnert das „Berliner Tageblatt“ daran, daß Fehrenbach, der lediglich einige Telegramme veröffentlicht habe, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei und diese Strafe noch jetzt obliege. Dieses Vergehen sei weniger bedeutungsvoll als das Verbrechen von Hiller und seinen Genossen. Die „Postische Zeitung“ sagt, daß Ludendorff auf seinem Auto die schwarz-weiß-rote Fahne gefahrt habe. Er habe volles Recht dazu; das Reich müsse sein schwarz-rot-goldenes Banner umflören. Was werde aus dem Reich werden, das Ordnung und Sicherheit nicht mehr garantieren könne? Nachdem man sich überzeugt habe, daß die ordentlichen Gerichte zum Schutze der Republik nicht ausreichen, habe man sich entschlossen, ein außerordentliches Gericht einzusetzen. Und gerade jetzt soll dieses außerordentliche Gericht des Reiches wieder aufgehoben werden, während das des Landes weiter konzentriert bleibe.

Der „Vorwärts“ verurteilt das Urteil in den schärfsten Worten. Er sagt, Bayern habe sich konjugen außerhalb der Reichsgemeinschaft gestellt; Reichsrecht gelte dort nicht noch nach Bedarf. Ludendorff habe alle Ursache, sich zu schämen, weil er freigesprochen worden ist, und die Offiziere der Infanterieschule, die als Zeugen vor dem Gericht mit schwarz-weiß-roter Kofarde erschienen seien, hätten damit offen bekundet, daß sie auf die Republik, deren Schwäche durch die eigene Regierung bekundet werde, ebenso herabschauen wie Hiller, Ludendorff und ihr ganzes ehrenhaftes Gefolge. Im übrigen waren die Richter zweifellos der Meinung, daß ein Mann von der führenden Tätigkeit Ludendorffs, der vor dem Gerichte so wirre politische Reden hält, nicht voll verantwortlich sei. Das Reich könne eine Verantwortung für das Urteil nicht haben. Die bairischen Gerichte hätten es zu verantworten, wenn die Hochverräter aus diesem Urteil die Heberzeugung gewonnen, daß ihr Treiben straflos bleibe.

In der Rechtspreffe versteckt die „Kreuzzeitung“ ihre Verlogenheit über das Urteil hinter scharfen antisemitischen Ausfällen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, das Volksgericht habe durch die Festsetzung der Ver-

währungsfrist die Amnestie hervorgezogen, die eine Selbstverständlichkeit sei. Im übrigen verurteilt die deutschnationale Presse, die Schuld auf das Novemberverbrechen der Revolution zu schieben. Der Volkswachtler sagt: Ludendorff freigesprochen! Wie eine Erlösung wird diese Postkarte überall begrüßt werden. Was das Recht und die nationale Ehre und Würde fordert, war ein bedingungsloser Freispruch des großen Seeräbers. Das Münchner Volksgericht kam man nur dazu begünstigen, daß es mit dem Freispruch den deutschen Namen in der Welt vor neuer Schmach bewahrt hat.

Ein Zerrbild von Freiheit und Recht.

(Von unserem italienischen Berichterstatter.)

Es trennt uns nur noch kurze Zeit von dem Tage, der Italien eine „Volksvertretung“ geben soll. Es ist gut, daß man im ganzen Auslande wisse, was wir in Italien Tag für Tag mit Händen greifen: daß die diesmalige Wahlperiode ein Dohn ist auf die Freiheit und die Rechte der Wählerschaft. Und zwar nicht ein Dohn, wie ihn sich die Uebermacht erlauben könnte, die im Bewußtsein des sicheren Sieges des wehrlosen Gegners spottet, sondern eine Verhöhnung der formalen Garantien des Gesetzes, zu dem ganz deutschen Zweck, eben durch diese Verhöhnung, durch dieses in den Staub treten des Gesetzes, den Sieg davonzutragen. Denn der Faschismus fühlt sich durchaus nicht siegesgewiß, es ist ihm tatsächlich angst und bange davor, daß ein minimales Nachlassen des Druckes dahin führen könnte, die Stimmzahl seiner Listen unter jenen 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen zu halten, das die Bedingung für die Erziehung der zwei Drittel der Mandate ist, die Bedingung für die Anwendung des Prinzips der Majoritätsvertretung. Der heutigen Wahlakt der faschistischen Partei sieht die Angst aus den Augen. Man sage nicht, daß es der Regierung (oder, wenn man will, der Parteizentrale in Rom) nicht möglich sei, die überschäumende Kraft der Stegesgewißheit im ganzen Lande im Zaume zu halten. Es wird systematisch Recht und Gesetz mißachtet, weil das die einzige Möglichkeit ist, bei dem heutigen Stand der öffentlichen Meinung einen Wohlstand des Faschismus zu erzielen. In dieser Beziehung hat uns der Wahlkampf manches gelehrt: wir hielten den Faschismus für viel stärker, als er sich selber hält.

Man könnte eine endlose Liste von Gewalttaten aufstellen. Ueberfallene Priester, verbrannte Versammlungsorte von Organisationen, sogar von katholischen Jünglingsvereinen, Zerstörung der Redaktionen bürgerlicher Blätter. Das sind alles jene dekorativen Gewalttaten, die den Faschismus seit seinen ersten Kinderjahren begleitet haben. Aber das Charakteristische des heutigen Wahlkampfes liegt in der absoluten Unterbindung jeder gegnerischen Propaganda und in dem Mißbrauch der Behörden im Dienste der Parteizentrale. In Rom wollte die sozialistische Einheitspartei am 27. März auf öffentlichem Platze (denn Lokale gibt es nicht für die Versammlungen der Opposition) eine Versammlung abhalten, in der Genosse Matteotti reden sollte. Wegen des Anschlages der Manifeste zur Einberufung der Wahlversammlung wendete sich die Partei an das für diese Verhöhnung bestehende kommunale Unternehmen, das mit der Begründung ablehnte, der Anschlag würde die Arbeiter in allzu große Gefahr bringen. Also unternahm am 26. März einige hundert Genossen, darunter der frühere Abgeordnete Zanarini und der Rechtsanwalt Silvestri das Aufleben der

Pettel. Kommt unterfingen sie sich, dieses, ihr Bürgerrecht, auszuüben, so drang eine Bande Faschisten auf sie ein, darunter Lausbuben im Alter von 14 Jahren und darunter, die ihnen den Revolver an die Schläfen setzten und sie in dieser überredenden Weise zum Kommando der Miliz führten. Die Kollinge trugen alle Schwarzhemden und nicht die Uniform der Miliz, von der sie erklärten, daß sie sich nicht mit solchen Sachen befaßten. Im Wahllokal wurden den Verhafteten die Wahlzettel abgenommen und der Hauptmann der Miliz sagte zu ihnen, „es freut mich, mir ihre Physiognomien zu merken; wenn wir uns einmal draußen treffen, reden wir ein Wortlein miteinander“. Diese „Zwiesgespräche“ mit Faschisten, bei denen der eine den Revolver hat und meist drei bis vier Freunde im Hintergrunde, während der andere waffenlos ist, kennt man. Wie geht es aber zu, daß heute die Schwarzhemden alle bewaffnet sind, auch wenn es sich um halbe Kinder und um Vorbestrafte handelt? Ein Ankleber von Wahlmanifesten der Maximilianen ist nicht nur schwer mißhandelt worden, sondern man hat ihn auch genötigt, immer mit dem hereditären Revolverlauf an der Stirn, all die bereits von ihm angeklebten Manifeste unter dem Joch des Pöbels wieder abzureißen!

Wenn das in Rom geschieht, unmitttelbar unter den Augen der Regierung, unter denen der auswärtigen Presse, die man zwar mit der Ausweisungandrohung an der Leine hält, wie geht es da erst auf dem Lande zu? Da erläßt zum Beispiel die Federazione der Faschisten der Provinz Aquila ein öffentliches Rundschreiben, in dem es wörtlich heißt:

„Wir sind im Besitz der Namen der Vertrauensmänner (der konstitutionellen Opposition) in den einzelnen Orten, und behalten uns ein sicheres Mittel vor, sie den einzelnen Faschistenorganisationen bekanntzugeben, damit diese Herren mit Knüttelstößen auf den Kopf bedient werden.“

Das ist die offizielle Sprache. Aber es gibt noch Offizielleres, was offen den Stempel der Regierung trägt und im Namen Mussolinis erfolgt, ohne daß man dies bis jetzt auch nur versucht hätte, zu demistieren. So hatte der Ministerpräsident in einem Telegramm versichert, daß der Führer der konstitutionellen Opposition, der Ang. Amendola, in Neapel unbehelligt sprechen könnte, da der Regierung gar nichts an seiner Rede gelegen wäre. Am Tage nach diesem Telegramm wurde das nachstehende Zirkular erlassen:

„Konföderation der faschistischen Kaserta, 18. März. Zweites Jahr der Provinzialverband von Kaserta. faschistischen Generalsekretariat. Dringendes telegraphisches Rundschreiben.“

Im Namen S. E. Benito Mussolinis, Oberhaupt der Regierung und Heerführer des Faschismus befehlen wir, Generalsekretär der faschistischen Korporationen der Provinz Kaserta, die Zusammenziehung großer faschistischer Gewerkschaften in Neapel zur Wahldebatte Greco-Amendola, gegen konstitutionelle Opposition. Sämtliche Mitglieder haben mit Fahnen und Schwarzhemd zu erscheinen. Alle öffentlichen und privaten Beförderungsmittel und die Eisenbahnzüge werden unter Hinterlassung von Vons mit Unterschrift der gewerkschaftlichen oder politischen Sekretäre requiriert werden. Alle Ausgaben werden zurückerstattet, freie Verpflegung und Unterkunft gewährt. Bedürftigen Arbeitern ist der Tagelohn auszugeben. Fabrikbesitzer und Arbeitgeber sind in Kenntnis zu setzen, den Arbeitern freien Tag zu geben. Treffpunkt am 20. März, 2 Uhr nachmittags, Neapel, Bahnhofplatz. Vorliegendes Rundschreiben ist auf Verlangen vorzuweisen.

Der Generalsekretär.“

Daß „Alle, Alle Lanten“ braucht nicht gesagt zu werden; außer Fahnen und Schwarzhemd brachten sie fastige Knüttel mit. Natürlich hatte die konstitutionelle Opposition volle Redefreiheit, denn man hatte Amendola den Saal abgetrieben und draußen warteten die „freundlichen“ Schwarzhemden! Er hat denn auch nur vor seinem eignen Wahlkomitee sprechen können, wobei er hervorhob, daß das kommende Parlament im Zeichen der Verfassungsverletzung entsteht und daher im Sinne des Gesetzes und im Sinne der Moral null und nichtig ist, schon vor der sogenannten Wahl!

Eine weitere Episode aus dem „bölig friedlichen Verlauf“ der Wahlvorbereitungen, von dem die Faschistenpresse schreibt, ist die folgende. In der Lombardei und im Piemont kandidieren sogenannte dissidente Faschisten, darunter die Herren Forzi und Sala, die angeblich wegen ehrenrühriger Handlungen aus der Partei ausgeschlossen wurden, während andre behaupten, die Ehrenrührigkeit wäre vom faschistischen Parteivorstand gegen sie begangen worden. Das interessiert uns nicht: über den faschistischen Parteigestank könnte man Enzyklopedien schreiben. Interessant ist dagegen das nachstehende Schriftstück des faschistischen Parteivorstandes:

„Landeszentrale der faschistischen Partei.“

Landesdirektorium. Politisches Sekretariat. Streng vertraulich.

Rom, 11. März 1924.

An die faschistischen Provinzialverbände von Mezzandria, Cuneo, Novara, Mailand, Pavia und Turin.

Gemäß dem vom Ministerpräsidenten und Heerführer des Faschismus erlassenen Befehl, unter einstimmiger Zustimmung des Landesdirektoriums, fordern wir die Herren Provinzialsekretäre auf, die Herren Sala und Cesare Forzi als die größten Feinde des Faschismus zu betrachten. Im Einklang hiermit und in Gemäßheit der gleichzeitig den Präekten der Provinzen vom Regierungsoberhaupt erteilten Instruktionen ist den obengenannten Herren das Leben in den Provinzen, wo sie im Interesse ihrer Wahlzwecke Zwiespalt säen könnten, unmöglich zu machen. Wieder Versammlungen noch Vorträge sind ihnen zu erlauben; wo immer sie sich zeigen, müssen sie heftig von allen Faschisten angegriffen werden. Besonders ernste Worte sind an den Fascho von Biella zu richten, der nicht in pflichtschuldigster Weise gegen Individuen vorgegangen ist, die Feinde der Regierung und des Faschismus sind.

Ich erwarte telegraphische Bestätigung unter Auführung des Datums und Inhalts dieses Rundschreibens, um dem Heerführer die Ausführung seiner Befehle berichten zu können.

Gen. Der Generalsekretär F. Giunta.“

Derfelde vertrauensverweckende Wiederemann, der dieses Rundschreiben zeichnet, dessen Name übrigens darin besteht, daß die Präekten vom Ministerium analoge Instruktionen erhalten haben, hat am 26. März in Piazza Colonna in Rom vor mehreren Personen gesagt, die einer Mißhandlung eines Faschisten, eines Dr. Lombroso, beigewohnt hätten: „Ich habe meine Cola und wusch, daß dieser Herr nach Rom kommen würde; man hat ihn behandelt, wie es ihm zukam. Im übrigen ist es für mich eine Bagatelle, meinen Revolver abjucken“. So spricht öffentlich ein der Spitzen der faschistischen Hierarchie, die Italien moralisch erneuern und zur Welt Herrschaft führen will! Nur nebenbei sei erwähnt, daß Ferni am 19. März auf dem Bahnhof von Mailand von Faschisten überfallen und schwer verwundet wurde.

Nach den Informationen der „Voce Repubblicana“ sind in den Provinzen von Toskana Son-

Der Leib der Mutter. 13

Roman von Elise Feldmann.

Auch nicht am Sonntag?

Die Frau schüttelte den Kopf. Wir haben nicht die nötigen Mittel und wir haben auch nie Zeit. Ich muß waschen und mein Mann muß arbeiten. Und sie saugte so rein und gut und geduldig, daß ihr Gesicht nicht mehr so widerlich anzusehen war.

Rum nahm der Säugling einen Schluck und hämmerte drauf los, ohne ein Wort zu sagen. In lebender Zerknirschtheit griffen seine Finger bald nach Nadeln, bald nach Nägeln, bald nach einem Stück Glas. Ein Paar Zähne waren eben daran, fertig zu werden.

Na, Mutter — brummte er in tiefstem Bass — wieder zwei Laib Brot und ein Kilo Butterfleisch; und beide lachten froh und zufrieden. Laich ging mit dem kleinen Otto, von Grauen geschüttelt, die Treppen hinauf. Ueberall lag am Boden allerlei Schmutz, er stolperte über Mist und Obstschalen. Es war ein Dunst und Geruch, daß einem körperlich schlecht wurde. Aber auch der Geist wurde davon klein und zermüht, die Gesichter bekommen ein abstoßendes Aussehen. Auch Laichs Gesicht hatte dieses Aussehen angenommen. Wenn er mit jemand sprach, konnte man es ihm gut anmerken, woher er kam, machte er noch so sauber angezogen sein, etwas blieb hängen.

Oben angekommen, hatte er eine Säue davort, in das Zimmer der Frau zu gehen. Es genierte ihn aus verschiedenen Gründen, zu einer Frau, die geboren hatte, es war für einen lobigen, jungen Mann etwas Peinliches.

Der kleine Otto erwachte nicht; er stand in der Küche auf einem Sessel und wurde von Laich ausgeleitet, ohne daß er die Augen öffnete. Im Gemäcker trug Laich ihn endlich hinein, seine Kleider hatte er unter dem Arm. Er klopfte an. Die

Frau lag im Bette, neben sich das Neugeborene. Laich legte den kleinen in das Kinderbett, dann tat er einen Blick auf das Merkleinste. Die Frau seufzte: O weh, o weh!

Haben Sie Schmerzen?

Sie sagte heulend, zischend: der Schuft, der Bagabund ist nicht gekommen. Ich zerreißte den Burn — brüllte sie.

Laich tröstete sie so gut er konnte. Die Frau sah verändert aus. Nichts von Weichheit, nichts von dem warmen Blick einer Mutter. Sie sah finster und böse drein und unversöhnlich. — Er sah wieder groß und deutlich den verbrecherischen Zug in ihrem Gesicht. Er erschrak.

Bräunen Sie etwas? fragte er.

Kein — verfehle sie schroff.

Haben Sie gegessen?

Ich brauche nicht zu essen. Wenn nur der Schuft gegessen hat.

Laich stand und wartete, ob sie einen Wunsch aussprechen oder etwas verlangen werde. Da sie aber nichts mehr sagte, sondern sich zur Wand umlehnte, ging er aus dem Zimmer. Er war noch nicht bei seiner Tür, als er wieder zurückging. Er wollte die Frau zum Bessern stimmen. Wozu hatte er sein Wissen und seine Lebenserfahrung, wenn sie nicht dazu dienen sollten, dem Armen, auch dem geistig Armen, zu helfen? Sei es nur, trübe Augenblicke zu verstreuen, wenn er nun einmal da war und hier wohnte.

... Daß ich nicht vergesse, sagte er, wenn Sie es nicht wissen sollten, ich verstehe mich auf die Krankenpflege und Sie können ruhig meine Dienste in Anspruch nehmen. Sie lehnte sich hernut.

Er stand weit weg, an die Tür gelehnt.

... einige Zeit meines amerikanischen Lebens war ich Krankenwärter an einer Klinik. Man war mit mir zufrieden. Die Hauptsache ist, daß man ein Herz für die Kranken hat und sich gegen Ungerechtigkeiten stemmt. Ach war nur ein

armer, bezahlter Diener der Klinik, aber glauben Sie, daß ich deshalb nicht in die Lage kam, den Großen mal einen Klaps zu geben? Ich diene an der Unfallstation. Eines Abends nach neun Uhr wurde ein Unglücklicher gebracht, einer von denen, wie sie das Masselend der Weltstädte an alle Straßenecken hinstellt. Er hatte mitten im geschäftigsten Treiben eines der größten Plätze Gift genommen. Aus seinen Papieren ging hervor, daß er arbeitslos war, auch sah er recht herabgekommen und abgerissen aus, so zum Beispiel sein Hemd, als ich es ihm vom Leibe nahm. Ein Hemd? Der Sohn auf ein Hemd! Ohne Hemd und stinkend vor Schmutz und Feuchtigkeit.

Die jungen Herren Mediziner machten sich wichtig. Sie ließen sich von ihrer Laune hinarbeiten, machten Witze über Witze. Was, Sie wollten sterben? — riefen sie durcheinander — Oh, mein Lieber, erzählen Sie uns keine Ammenmärchen! Man stirbt nicht mitten in der Avenue Columbus. Sie wußten ganz gut, daß man sie auffinden und retten wird. Wenn man das wirklich machen will, dann geht man mit seinem Flaschchen billigen Giftes — zehn Zent-Giftes — sagte der eine — in die Einsamkeit, dort bleibt man liegen und wird schön langsam blau, die Luftröhre schwillt zu, mitteln im größten Verkehr. Oh — er lachte schallend — wozu wären wir da? wenn nicht dazu, Sie standepede zu retten. Das wußten Sie wohl — wie? Sie Stanz! — was waren also Ihre Gründe?

Die jungen Leute hatten die Schule ihres Professors und Vorstandes, die Schule des Scherzes. Er leitete alle lebensgefährlichen Operationen mit fröhlichen Worten und Witz ein. So war es auch jetzt. In angelegter Lustigkeit gingen die Minuten hin. Der Arme lag verzagt, mit ausgebranntem Nachen, mit angeschwollener Gurgel und unertäglichen Schmerzen.

Der junge Herr Doktor nahm den Magen-

schlauch und noch ehe er ihn dem Kranken in den Mund führte, sagte er wieder gedankenlos: Warum haben Sie es getan?

Da riß mir die Geduld und ich schrie ihn an: Ist es Ihnen zu wenig Grund, daß er arbeitslos ist? Was wollen Sie noch wissen?

Ich sollte deswegen entschlossen werden. Aber sie einigten sich dennoch dahin, mich zu behalten. Ja, sagte die Frau, wir sind nichts anderes als Hunde, ob krank oder gesund.

Oben ein anderes Mal — erzählte er: Dort lag ein Jude; er war blind und alt, außerdem krank. Wissen Sie, wie die Krankenschwester immer von ihm sprach? So, daß er es hörte: der Blinde Jude! Sie fragte, an seinem Bett stehend, eine andere Schwester: Hast du ihn gemessen, den blinden Jude? Er weinte jedesmal mit seinen blinden Augen, wenn er es hörte.

Er hat einen Namen, schrie ich ihr in die Ohren. Er heißt Blaustein! Sie aber lachte laut, den Namen merkte sie sich nicht.

Ja, ja, sagte sie müde, Hunde sind wir, das weiß ein jeder. Und sie zog die Decke hinauf und schloß die Augen.

Er ging langsam aus dem Zimmer. Er hatte ihr Dinge erzählt, die sich ähnlich in Wirklichkeit zugetragen hatten. Er hatte sie bloß ein wenig ausgeschmückt, journalistisch hergerichtete. Er wollte mit ihr ein wenig plaudern.

Er ging zu Bett und träumte die ganze Nacht wirre Träume, wie er sie in seiner Krankheit geträumt hatte.

Am nächsten Morgen hörte er jemand in Pantoffeln herumschleichen. Sie war aufgestanden und es war erst der dritte Tag. Das Neugeborene hörte er nur ein einziges Mal schreien. Mehr nicht. Er wußte davon, daß Arbeiterfrauen ihren Säuglingen von einem Tee geben, der einschläfert. Sie hielten damit die Kinder Tag und Nacht in Schlaf und konnten ungehindert ihrer Arbeit nachgehen. (Fortsetzung folgt.)

bergerichte eingerichtet, die bekannt geben, am 7. April mit jedem abzurechnen, der nicht freiwillig gewährt hat; sowohl das Urteil als die Urteilsvollstreckung erfolgen durch dieselben Organe derselben Partei. Das liberale „Bourgeois“ der Trennung von legislativer und exekutiver Gewalt ist im feierlichen Italien längst überwunden.

Angesichts dieses wüsten Chaos von Gewalttaten ist es ganz besonders eklatant, sich den faschistischen Frei anzusehen, mit dem die faschistische Presse — diese offiziöse, mit dem Gelde der Industrie und Banken gemästete Presse — sich ansieht, „um Seelen zu werben“, Hand in Hand mit Knüppel und Revolver. Die offiziöse „Agenzia Volta“, in der übrigens Kapitale eines Unterstaatssekretärs lukrativ angewendet sein sollen, veröffentlicht die „Zehn Wahlgebote des Faschismus“. Der erste Eindruck ist der, man hätte eine politische Zeitung irrtümlich mit einem Wipblatt vertauscht, denn da steht zu lesen: Verteilung des Achtstundentages, angemessene Arbeitslöhne, Bekämpfung der Teuerung, Begünstigung der Kapitalbildung durch Steuern, Förderung der Kindererziehung, den Stolz des italienischen Vaterlandsinnes für ein größeres Italien zu wecken, Freude an der Arbeit, Freude an der Freiheit (der wahren Freiheit), sichere Führerschaft durch den Führer, dessen Schaffen die Zukunft eines großen Volkes ruhig anbeimgestellt werden kann und schließlich die Bannung des Gespenstes der Auflösung des Vaterlandes, der der Marsch auf Rom Halt geboten hat. Man greift sich an den Kopf: kann es einen Menschen mit gesunden Sinnen geben, der im Ernst glaubt, daß um die Bewahrung des Achtstundentages, um die Erzielung angemessener Löhne und billiger Lebensmittel die italienischen Großbanken 20 Millionen für den jetzigen Wahlkampf der Regierung gegeben haben, und die Organisation der Industriellen dieselbe Summe. Glaub: man, daß sich darum die Agrarier zum Beistehen von zwei pro Mille ihres Kapitalbe-

litzes entschlossen haben? In Sachen des Arbeiterschutzes sei man ganz beruhigt, die Herrschaften wissen schon, warum sie sich von ihrem Gelde trennen haben. Es ist eine gute Geldanlage. In der ganzen Welt werden die Arbeiterinteressen von Arbeiterorganisationen geschützt und bleiben dem politischen Spiel der Parteien preisgegeben. Wer, wie der Faschismus, die Arbeiterorganisationen niederknüpelt und ihre Gelder einzieht, der kann nicht väterlich die Arbeiterrechte betreuen, auch wenn er nicht im Solde des Unternehmertums stünde, das wahrlich seine Gelder nicht um die schönen Augen Mussolinis hergibt.

Wir wollen es ruhig zugeben: Wahlmöglichkeiten und Erpressungen hat es allerzeit und in allen Ländern gegeben. Aber was heute in Italien geschieht ist ohne Gleichen und reich hin, dem fernstehenden Parlament jeden Nimbus der Gesehlichkeit zu nehmen. In Italien beugen die Vertreter der Regierung systematisch Recht und Gesetz im Dienste und zum Vorteil einer Partei, deren vornehmstes und wesentlichstes Programm nach den eigenen Worten des Führers darin besteht, alle Staatsstellen und Staatsinstitutionen in die Hände ihre Mitglieder zu bringen. Die Fiktion des neutralen Staates ist völlig aufgegeben. Wir erleben wirklich das, was Mussolini als Merkmal des faschistischen Staates definierte: „Der liberale Staat verteidigt sich, der faschistische Staat greift an“. D. h. er greift seine eignen Bürger an, sobald sie nicht zur herrschenden Partei gehören. Er greift sie an, entrechtet sie und löst den Begriff der Staatsgewalt in dem der Parteigewalt auf. Der Staat soll die finanzielle und militärische Organisation werden, von der die faschistische Partei lebt und durch die sie das Land beherrscht. Eine Episode in der Verwirklichung dieses Programms ist der heutige Wahlkampf. Man soll es sich in ganz Europa klar machen, daß aus ihm alles hervorgehen kann, nur keine Volksvertretung.

tionszugehörigkeit durch die Be- triebsräte. — Snilskla-Languelet schilderte die schwierige Lage mancher Bergarbeiter und erklärte sich für die Bewegungsfreiheit des Bergbauers in der Beitragsfrage. — Haase-Schablar erinnerte daran, daß nicht nur die Schwierigkeiten betrachtet werden dürfen, sondern auch die dessen Werte, die die Gewerkschaft bringt und nicht in klingender Münze abgeholt werden können, geklärt werden müssen. Hierauf wurde in die Mittagspause eingegangen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Debatte fortgesetzt. Kostka-Kultschin erklärte, daß sein Kewier die Anträge des Vorstandes sei. — Tichy-Chotieschau sprach gleichfalls für einen Wochenbeitrag von zehn Prozent des Zehntelohnes. — Richter-Komolan empfahl ein Einvernehmen mit den koalitierten Verbänden über das Unterstützungswesen. — Verane-Linter-Reichenau beantragte drei Klassen im Unterstützungswesen einzuführen. — Schuster-Kruschitz tritt für die Anerkennung der Vorstandsanträge ein, doch verlangt er Begünstigungen für die Kurzarbeiter. — Januska-Schablar führte aus, daß man heute ja auch eine Beitragsüberhöhung vornehmen könnte, wenn vor vier Jahren schon die Beiträge entsprechend erhöht worden wären. Bildungsarbeit möge mehr geleistet werden. — Korshinski-Chotieschau besprach das Freimarkeinsystem und die Beitragsleistung der Kurzarbeiter. — Salein-Durleste die Aufmerksamkeit des Unionsrates auf die Verhältnisse des technischen Personals. — Eichhorn-Brandau schilderte die Verhältnisse bei einem staatlichen Schacht, wo nur eine dreiwöchentliche Lohnzahlung üblich ist, weshalb auch die Beitragsleistung diesen Verhältnissen angepaßt werden müsse. — Haase-Schablar wandte sich dagegen, daß stets nur epigonische Momente in Erwägung gezogen werden müßten. Nachdem noch Marešch-Ošegg eine persönliche Berichtigung vorgebracht hatte, war die Debatte geschlossen.

Der Antrag der Ortsgruppe Kopitz, vor der Beitragsfestsetzung mit den koalitierten Verbänden zu verhandeln, wurde sodann mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Das Verhältnis zu den übrigen Bergarbeiterorganisationen und zur Internationale.

Bohl besprach sodann die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bergarbeiterorganisationen. Jeder Zusammenschluß bedeutet aber selbstgewollte Beschränkung der eigenen Selbständigkeit. Die „Union“ gehört der Bergarbeiter-Internationale in London seit ihrem Bestand an. Es sind in dieser Internationale alle Bergarbeiter der Welt, mit Ausnahme der russischen Bergarbeiter, vereinigt. Nun fragt es sich, ob in diesem Verhältnis etwas geändert werden soll. Eine gewissenhafte Prüfung spricht dafür, keine Änderung einzutreten zu lassen. Die Bergarbeiter-Internationale trat nach dem Krieg zuerst im Jahre 1920 wieder in Tätigkeit. Der Zusammenbruch der internationalen Arbeiterbewegung erfolgte ja nicht durch den „Verrat der Führer“, sondern rein mechanisch, da während des Krieges eine Verbindung zwischen den Arbeitern unmöglich war.

Nun wird gesagt, die Internationale, die Amsterdamer Internationale, habe versagt, weil sie den Krieg nicht verhindert habe oder nicht revolutionär genug war. Wo aber waren damals die Kräfte, die die Arbeiterrevolutionäre von heute? Entweder schwielen sie oder waren gar im Lager der Gegner. Die Internationale kann aber nie mehr sein, als was ihre angeschlossenen Landesverbände sind. In der Beitragsfrage waren ja manchmal höchstens 25 Prozent der Arbeiter organisiert. Daher dürfte man auch nicht mehr von der Internationale verlangen. Die Internationale will und kann nichts anderes sein, als die Wächlerin der Bergarbeiterinteressen in allen Ländern. Es kann jedoch nur das getan werden, was möglich ist. Auch den Generalstreik hat die Internationale als Kampfmittel vorgegeben, angewendet kann er jedoch nur werden, wenn er wirksam ist. Das ist aber nur selten der Fall. An Beispielen zeigte der Redner, daß oft schon der Generalstreik erzwungen wurde, doch nie noch konnte man sich für seine Anwendung entschließen, weil er nicht die nötige Wirkung gehabt hätte. Auch die Gewerkschaftsinternationale in diesem Staate ist noch nicht geschaffen, weil die Vorschläge des deutschen Gewerkschaftsbundes auf Schaffung eines internationalen Heberbaues der Bergarbeiter nach dem Vorbild der Bergarbeiterkoalition auf tschechischer Seite nur schleppe erstigt werden. Es ist daher nicht die Schuld der deutschen Gewerkschaften, wenn die Wünsche aller Arbeiter noch nicht erfüllt sind.

Der Unionsrat hat aber auch über das Verhältnis der Union zur Koalition zu entscheiden. In der Zeit des ärgsten Nationalismus im Jahre 1918, der Zeit des Selbstbestimmungsrechtes auf der einen Seite und der „nahe republika“ auf der anderen Seite, wurde die Koalition gegründet, trotz aller Auseinandersetzungen durch die deutschen und tschechischen Nationalisten. Es galt eben zu entscheiden, ob die deutschen und tschechischen Bergarbeiter, die nebeneinander arbeiten und wohnen, mit einander gehen mögen oder mit der Hand auf einander los schlagen sollen. Dennoch darf trotz des Bestehens der Koalition nicht verschwiegen werden, daß auch hier noch Verschiedenheiten bestehen. Ein Beweis ist ja, daß wir auch hier bei unseren Beratungen nur die Vertreter des „Swaz“ aber nicht der „Druzina“ begründen können. Die Druzina steht nämlich noch vielfach auf dem Standpunkt der „direkten Aktion“ und unterschätzt das Unterstütuungswesen. Der Swaz steht uns also

viel näher, doch besteht dennoch die Koalition, weil sie im Interesse der Bergarbeiter notwendig ist. Unterzählen wir nicht, daß die Genossen vom Swaz deswegen mehr angezogen werden als wir. Die trotzdem bestehende Koalition ist aber auch das einzige Attribut der Gesamtarbeiterchaft dieses Staates. (Stavo-Rufe und Sändelarschen.) Die Bergarbeiter müßten ja alle Angriffe für die Gesamtarbeiterchaft abwehren.

Die Koalition wurde aber auch ausgebaut und in langen Beratungen gestärkt. Es geht vor allem nicht, daß die koalitierten Verbände einander Konkurrenz machen. Die Unterstütuungs- und Beitragsleistungen sollen gleichmäßig geregelt werden. Leider hat der Verbandstag der Druzina sich nicht dafür ausgesprochen, obwohl er für die zentrale Zusammenfassung der Verbände ist. Das größte Hindernis ist aber der Richtungsstreit. Die Kommunisten haben am Verbandstag des Swaz die Beitragsüberhöhung des Verbandes hinerriehen. Aber was leisten denn die „revolutionären“ Kommunisten? Es scheint leider so, daß überhaupt keine politische Partei auf eine eigene Gewerkschaft verzichten will. Gewerkschaftsarbeit soll aber unpolitisch geleistet werden. Wenn die Koalition gestärkt werden soll, dann ist uns jedermann willkommen, ob er uns zu Gesicht steht oder nicht, wir sagen aber: Der Weg zu uns führt über London! (Starker Beifall.) Mitte April findet eine Beratung über den Ausbau der Koalition statt. Die Stellung der Unterhändler der Union muß der Unionsrat festlegen, weshalb die Annahme folgender Resolution empfohlen wird:

I. Der VII. Unionsrat der Union der Bergarbeiter bekennt sich zu den Grundzügen, Statuten und Beschlüssen des internationalen Bergarbeiterverbandes in London als einem Teil der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam.

II. Die Union der Bergarbeiter ist angeschlossen dem Deutschen Gewerkschaftsbunde in der Tschechoslowakei in Reichenberg. Der VII. Unionsrat bekennt sich zu dessen Grundzügen, Statuten und Beschlüssen des internationalen Bergarbeiterverbandes durchaus entsprechen.

III. Die Union der Bergarbeiter steht mit dem Swaz hernisi v zefskovensk republice in Prag und mit dem Zdrumen zefskovensk heralti in Brüx im Koalitionsverhältnis, wie es in der Vereinbarung vom 9. März 1920 festgelegt wurde. Nachdem dieses Koalitionsverhältnis den obigen Grundzügen entspricht, alle koalitierten Bergarbeiterverbände Mitglieder des internationalen Bergarbeiterverbandes sind, beschließt es der VII. Unionsrat.

IV. Die aus diesen internationalen und lokalen Verbindungen erwachenden Verpflichtungen der Union der Bergarbeiter sind bestimmend für unter Verhältnis zu anderen Bergarbeiter- bzw. Gewerkschaftsorganisationen des In- und Auslandes. Der Unionsrat stellt fest, daß die Bergarbeiterkoalition ihre internationalen Verpflichtungen voll und ganz erfüllt, daß sie die Interessen aller Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik in vorbildlicher Weise gewahrt und sich als Kampfororganisation der Bergarbeiter bewährt hat.

V. Der Unionsrat verleiht sich trotzdem nicht der Rouwendigkeit der Revision mancher Bestimmungen der Vereinbarung vom 9. März 1920, die einen Ausbau und innere Festigung der Bergarbeiterkoalition, wie: Angleichung der inneren Organisationseinrichtungen, Schaffung eines gemeinsamen Kampffonds v. ä. zum Inhalte haben. Er ersucht den Vorstand, unter Wahrung der unter I., II. und III. aufgestellten Grundzüge, zur Nährung und Abschluß solcher Verhandlungen. Einer Erweiterung der Bergarbeiterkoalition kann die Union der Bergarbeiter nur zustimmen, wenn die Grundzüge I. und III. nicht verletzt werden.

Die Debatte.

Zu der anschließenden Debatte bekennt sich Weich-Jochimsthal als Kommunist, erklärt aber, ihm sei es gleichgültig, wo der Sitz der Internationale sei, ob in London, Amsterdam oder Moskau. — Förster-Rittmü wünscht, daß die einseitige Zusammenfassung der Bergarbeiter angestrebt werde. — Brettschneider-Obergeorgenthal erbietet eine Aufklärung über die Streitunterstützung des Swaz. — Hufmann-Deutschland erklärt, daß die Schaffung eines internationalen Berufssekretariats notwendig sei. (Lebhafter Beifall.) — Jähurich-Trautman wünscht eine Veröcherung der Leistungen aller Verbände. — Weich-Jochimsthal gibt hierauf eine persönliche Erklärung ab, worauf Dvořak (Swaz) einige Aufklärungen über das Unterstütuungswesen seines Verbandes gibt, was die Anwesenden mit Beifall zur Kenntnis nehmen. — Lill-Neustadt verteidigt den Kommunismus. — Januska-Bernsdorf verurteilt alle Quertreibereien der Kommunisten.

Im Schlußwort widerlegt dann Bohl einige Irrtümer der Debatterer und erklärt, daß die Einheit gewahrt werden müsse.

Die Resolution wurde sodann einstimmig angenommen, wodurch die übrigen Anträge gegenstandslos wurden. Ein Antrag auf Auflösung der Koalition und Schaffung eines Einheitsverbandes wurde abgelehnt. — Die Verhandlungen, die sodann abgebrochen wurden, werden morgen früh fortgesetzt. Morgen nachmittag findet eine Besichtigung des Brüxer Bergarbeiterheimes statt.

Der Unionsrat der Bergarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Teplitz-Schönan, 1. April.

Das Genter System.

An der heutigen Vermittlungsverhandlung hielt zunächst Genosse Macoun einen Vortrag über das Genter System. Mit 1. Juli soll das Gesetz über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung in Kraft treten. Damit wird die staatliche Arbeitslosenunterstützung in neue Bahnen geleitet. Ursprünglich war das Arbeitslosenunterstützungsgesetz als Demobilisierungsgesetz gedacht, doch kam es, wie so oft, auch hier anders. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß es für die auf die Unterstützung Angewiesenen ein Leidensweg war, wenn sie die geringen Beträge bezogen. Der Staat machte bei der Auszahlung die größten Schwierigkeiten, schloß manche Berufsgruppen und Bezirke überhaupt von der Unterstützung aus, so daß es erst nach vielen Bemühungen gelang, die Ungleichheiten wenigstens teilweise zu beseitigen. Nun sollte ein Reichsarbeitslosen-gesetz geschaffen werden. Dabei will man sich an die Erfahrungen der belgischen Stadt Gent halten. Doch es muß gesagt werden, daß in Gent nur örtliche Verhältnisse in Betracht kamen, während im Reichsmaßstab ganz andere Verhältnisse zu beachten sind. Selbst in Belgien mußte jetzt, in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit, der Staat die Unterstützung übernehmen. Die Stadt Gent zahlt 60 Prozent nur mehr 10 Prozent, während der Staat bereits große Summen zahlen mußte und noch zahlen muß. Auch in Holland und den nordischen Ländern bestehen ähnliche Arbeitslosenunterstützungsgesetze. Das tschechoslowakische Gesetz nimmt aus jedem dieser Gesetze einen Teil, so daß vom Genter System eigentlich nicht gesprochen werden sollte. In Österreich besteht dagegen die Pflichtarbeitslosenunterstützung im Rahmen der Sozialversicherung. Im gleichen Sinne ist es in Deutschland und in der Schweiz. Als das tschechoslowakische Gesetz im Parlament eingebracht wurde, gab die damalige Landesgewerkschaftszentrale ein Gutachten ab, in dem sie nur für normale Zeiten das Gesetz empfahl. Das Ministerium für soziale Fürsorge dachte nämlich damals auch an einen Anstich der etwa zwei Monate lang arbeitslosen Gewerkschaftler. Die spätere einseitige Massenarbeitslosigkeit machte dann die Einführung der heute bestehenden staatlichen Arbeitslosenunterstützung notwendig. Da die tschechischen Gewerkschaften, entgegen der Zustimmung der deutschen Gewerkschaften, sich für die Durchführung des Gesetzes im heutigen Jahr einrichten, mußte auch der Deutsche Gewerkschaftsbund sich genauer mit dem Gesetz befassen. Es ist gewiß sehr verlockend, wenn man hört, daß die Gewerkschaften durch das Gesetz zu öffentlich-rechtlichen Einrichtungen werden. Die Regierung plant die Änderung jedoch nur aus fiskalischen Gründen, während wir sagen, die Verantwortung darf nicht den Gewerkschaften allein aufgeschoben werden, da das Gesetz nicht für die Massenarbeitslosigkeit berechnet ist. Bei der Beschlußfassung über das Genter System haben unsere Parlamentarier mit einschneidenden Bedingungen für das Gesetz gestimmt, um nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, sie hätten einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenunterstützung entgegengehandelt.

Redner besprach dann die Bestimmungen des Gesetzes sehr ausführlich und skizzierte die Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften, Abzuändern

wäre vor allem, daß den ausgesteuerten Arbeitslosen die Unterstützung weiter gewährt wird. Neu beitretenden Gewerkschaften soll die Karenzzeit abgekürzt werden. Ausnahmsbestimmungen für außerordentliche Zeiten sollen ebenfalls getroffen und den Gewerkschaften für ihre Mitwirkung eine Entschädigung gewährt werden. Diese Forderungen und Änderungsanträge wurden den maßgebenden Stellen unterbreitet. Bei der Beratung der Durchführungsverordnung, die Redner eingehend besprach, waren Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes anwesend. In einer gemeinsamen Beratung mit den zwei tschechischen Gewerkschaftszentralen wurde zu der Durchführungsverordnung nochmals Stellung genommen, doch konnten nicht alle unsere Forderungen durchgesetzt werden. Immerhin konnte manchem Wunsch wenigstens teilweise Rechnung getragen werden. Obwohl wir nicht betrübt sein werden, wenn das Gesetz heuer noch nicht in Kraft tritt, müssen wir uns doch darauf vorbereiten. Unbedingt werden aber die Gewerkschaften an der Verbesserung des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung arbeiten, wie es schon bei vielen sozialpolitischen Gesetzen, die unseren Wünschen nicht entsprechen, der Fall war. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Karolm dankt im Namen des Unionsrates Gen. Macoun für den lehrreichen Vortrag.

Debatte über das Beitrags- und Unterstütuungswesen.

Zunächst verteidigte Prohaska-Turn einen Antrag seiner Ortsgruppe über die Beitragsleistung, worauf Weich-Jochimsthal für ein einheitliches Gewerkschaftsblatt eintrat. Den Ortsgruppen solle ein größerer Beitrag für Verwaltungskosten bewilligt werden. — Förster-Rittmü trat für die vom Unionsvorstand beantragten Beitragsänderungen ein, doch wünschte er einheitliches Unterstütuungswesen. — Fischer-Falkenau ersuchte um Einreichung der mehr als ein halbes Jahr arbeitslosen Mitglieder in die Gruppe der Provisionisten, worauf Urban-Bukowiy die Aufrechterhaltung der Zuweisungen an den Reservefonds empfahl und sich gegen jede Beitragsherabsetzung wandte. — Richter-Komolan setzte sich für hinreichende Beiträge an den Reservefonds und eine genaue Masseneinteilung ein. — Brettschneider-Obergeorgenthal wies auf die verschiedenartige Mitgliederbewegung hin, während sich Marešch-Ošegg mit lokalen Verhältnissen befaßte. — Bettinger-Oberlentendorf betonte, daß manche Ortsgruppen in ihren Anträgen die gewerkschaftliche Schulung vernachlässigen. Die Organisation müsse alles erhalten, was sie braucht. Der dritte Beitrag wäre der Stundenlohn. — Göpfert-Brax forderte die Errichtung selbständiger Sektionen des technischen Personals, sobald bessere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. — Schwarz-Grottau befaßte sich eingehend mit der Beitragsleistung und der Masseneinteilung. Zwei Klassen seien hinreichend. — Wienert-Haan erklärte sich für die Vorschläge des Unionsvorstandes. Wenn die Unionsmitglieder von der Gewerkschaft Unterstütuungen verlangen, dann müssen sie die „Union“ auch dazu in die Lage versetzen, indem sie die nötigen Mittel bewilligen. — Seman-Graupen erstattete Vorschläge über die Beitragsleistung und wünschte die Erhöhung des Beitrages der ersten Klasse. — Kovarik-Hammer vertrat in längerer Ausführungen die bessere Kontrolle über die Organisa-

Inland. Abgeordnetenhaus.

Das Mieterschutzgesetz fertiggestellt!

Prag, 1. April. Im Abgeordnetenhaus fanden heute vormittags Beratungen der koalitierten Parteien statt. Sowohl die politische Petka als auch die sozialpolitische und Wehr-Petka hielten lange Sitzungen ab. In der sozialpolitischen Petka wurde das Mieterschutzgesetz, um das sich alles Interesse im Parlament momentan konzentriert, endgültig fertiggestellt. Die Mitglieder dieser Kommissionen wurden von Petitionen sowohl der Hausbesitzerorganisationen, als auch der Mieterorganisationen, überschwemmt. Das Interesse dreht sich ferner um das vorbereitete Inkompatibilitätsgesetz und die ebenfalls im Werden befindliche Pressenovelle. Beide Vorlagen sollen noch vor Ostern erledigt werden, so daß das Haus lange Arbeitstagungen und vielleicht auch nächsten entgegensteht. Man gewärtigt die Einbringung der Mieterschutzvorlage für die Donnerstagssitzung, während die politischen Vorlagen erst nächste Woche auf den Tisch des Hauses gelegt werden.

In einer der Konsultation vorausgehenden Präsidialsituation wurde der Arbeitsplan für die laufende Woche aufgestellt; es wurde unter anderem beschlossen, den Mittwoch für die Ausschüsse und Klubs reserviert zu halten, sowie eine Präsidialkonferenz, die sich mit Immunitätsangelegenheiten beschäftigen wird, abzukalieren. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Donnerstag um 11 Uhr vormittags statt und auch für Freitag ist eine Sitzung in Aussicht genommen.

Die heutige Sitzung eröffnete Präsident Tomasek nach vier Uhr. Der erste Gegenstand der Tagesordnung — das Gesetz, durch welches die Wirksamkeit der ständigen technischen Kommission für das Donauregime genehmigt wird — wurde debattelos verabschiedet. Zum Gesetz über die

Elbschiffahrtsgesetze

sprach Genosse Schweichhardt. Er erklärte, die Vorlage ordne die Elbschiffahrtsgesetze in befriedigender Weise. In Gesetz werden die zuständigen Gerichte und politischen Behörden nicht aufgezählt und es wäre zu wünschen, daß die in Aussicht stehende Verordnung den Bedürfnissen der Schiffsmanufaktur möglichst entgegenkomme. Als Fortschritt sei erwähnt, daß im Paragraph 7 eine Berufung auch an die internationale Elbschiffkommission in Dresden vorgesehen ist. Redner trat dann für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages auch im Schiffsgewerbe ein und erklärte, unsere Partei werde jeden Versuch, den Achtstundentag in welchem Gewerbe immer zu befeitigen, mit allen Mitteln bekämpfen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Elbschiffahrt für den Staat ist unbestritten, darum müßte man der Elbschiffahrt auch von staatswegen ein besonderes Augenmerk schenken. Wir beobachten aber, daß ein Drang besteht, unter Vernachlässigung der Hauptstraße, die Schiffahrt in den Oberlauf zu dirigieren. Uns erscheint vor allem nötig der Ausbau der bereits bestehenden Umschlagplätze und die Regulierung der Unterelbe. Zum Schluß erklärte Redner, daß seine Partei für die Vorlage stimmen werde. (Beifall.)

Der Berichterstatter Dr. Urban reagierte im Schlußwort auf die vom Genossen Schweichhardt vorgetragene Wünsche. Er teilte mit, daß die Gerichte unter anderem in Leitmeritz, Aussig, Lobositz und Tetschen errichtet würden, wodurch die Befürchtungen des Abgeordneten Schweichhardt nach Meinung des Berichterstatters zerstreut erscheinen.

Pariser Spaziergänge.

Von Fr. Marie (Paris).

I.

Abends auf den großen Boulevards. — Die breiten Lichtstadien der Neleonen fließen in allen Farben des Spektroms von den Häusern hinab auf die Straße, in den grellen Lichtstrom, der sich aus den Schaufenstern ergießt und die langsam sich dahinschiebenden Menschenmassen umflutet. Auf dem Fahrbanne die endlose, ununterbrochene Doppelreihe der Autos, auf der einen Seite gegen die Oper, auf der anderen gegen den Platz der Republik fahrend. Kinobühnen lösen mit schreienden Plakaten und Klingelzeichen. Aus raffinierten Luxusautos steigen schöne, junge Frauen, den verführerischen Blicken der Menschenmassen entgegen. Die Oper, auf der anderen gegen den Platz der Republik fahrend. Kinobühnen lösen mit schreienden Plakaten und Klingelzeichen. Aus raffinierten Luxusautos steigen schöne, junge Frauen, den verführerischen Blicken der Menschenmassen entgegen. Die Oper, auf der anderen gegen den Platz der Republik fahrend. Kinobühnen lösen mit schreienden Plakaten und Klingelzeichen. Aus raffinierten Luxusautos steigen schöne, junge Frauen, den verführerischen Blicken der Menschenmassen entgegen.

Rue de la Paix. — Die Siegesallee der Zukunft. Tote Milliarden liegen hier angehäuft. Mattschimmernde Vertikaliers, funkelnde Brilliantengeschmeide, schwere goldene Zigaretten-

In einer nächsten formellen Sitzung wurden die Immunitätsfälle der Abgeordneten Darula, Gumelhaus und des Abgeordneten Tausig, dessen Auslieferungsgesetzen in jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses immer wiederkehren, erledigt, worauf um halb sechs Uhr die Sitzung geschlossen wurde.

Eine Schuhfabrik. „Narodni Democracie“ berichtet über eine neue Affäre. Kurze Zeit nach dem Umsturz wurde einer großen Schuhfabrik in Mähren ein Staatsauftrag über 40.000 Paar Schuhe zu 40 Kronen das Paar gegeben. Mit diesen Schuhen sollte der ärmste Teil der Bevölkerung beliefert werden. Es war dies in

Jämmerlich verprügelte Hafent Kreuzler

Ein Egerer Hafent Kreuzler-Sturmtrupp von den sozialdemokratischen Arbeitern Schönbachs gegerbt.

Die Egerer Hafenkreuzler wollten am letzten Samstag nach Münchener Muster Stroh- und Sturmtrupp spielen. Das ist ihnen aber so glänzend vorbeigegangen, daß es die Hafenkreuzler von ganz Deutschböhmen wohl nimmer vergessen werden. Wie sich die Sache zugetragen hat, das wollen wir an Hand eines Berichtes aus Eger, veröffentlicht in unserem Karlsbader Brudersblatt, mitteilen:

Am Samstag, den 29. März, fand in Schönbach eine von den Nationalsozialisten einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in welcher der bekannte Landessekretär Krebs aus Aussig referieren wollte. Da zu Beginn der Versammlung sich unter den 300 Anwesenden 200 Sozialdemokraten befanden, kam es sofort zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der Wahl des Präsidiums. Herr Krebs begann im Namen seiner hundert Hafenkreuzler sogar mit dem tschechoslowakischen Terrorgesetz zu drohen, was ihm aber wenig nützte. Unter dem Vorsitz unseres Genossen Kreuzlinger begann Krebs seine Ausführungen. Die Versammlung verhielt sich nun vollkommen ruhig. Krebs hatte aber kaum fünf Minuten gesprochen, als plötzlich ein nationalsozialistischer Sturmtrupp von ungefähr 30 Mann mit gefalteter Hafent Kreuzler Fahne den Versammlungsraum betrat und unter lebhaften Heulrufen und mit dem Ruf: „Kollommando vor“ gegen das Präsidium vorging. Unsere Genossen aber führten den energisch vorgehenden Hafenkreuzlern entgegen und nach kurzem, aber erbittertem Kampfe befand sich die Fahne des Bezirksvereines Eger der „Deutschen nationalsozia-

der Zeit, da ein furchtbarer Leder- und Schuhmangel herrschte und ein Paar Schuhe bis 400 Kronen kosteten. Das Leder wurde der Fabrik durch den österreichischen Staat geliefert. Nach dem Umsturz wurde dieses Leder Eigentum der Tschechoslowakischen Republik, aber die Firma lieferte die Schuhe dem tschechoslowakischen Staat nicht ab, sondern verkaufte die 40.000 Paar Schuhe an das Ausland und zwar um 350 Kronen das Paar. Die Geschichte hat der Sekretär der Gewerkepartei in Olmütz, Dstny, in einer Schuhmacherversammlung bereits im Jänner erzählt. — „Narodni Democracie“ verlangt eine Untersuchung, die feststellen soll, wen die Schuld an diesem Diebstahl an Staatseigentum trifft.

listischen Partei“, dieselbe Fahne, die im Sommer vorigen Jahres über dem Gebäude wehte, in dem der nationalsozialistische Parteitag in Eger tagte, in unserem Besitz. In wenigen Minuten wurden die „Ordner“ entwaffnet. Unter den Nationalsozialisten gab es einige Verlesene, unsere Genossen blieben sanftmütig heil. Herr Krebs begab sich nicht etwa ins Kampfgerüst, sondern nahm bespuckt und beschimpft Reißaus. Die Klänge des Liedes der Arbeit gaben dem Rest der Nationalsozialisten das Geleit an die frische Luft.

Nicht nur die Fahne, sondern auch der Sturmtrupp selbst war aus Eger und mit dem Lastauto einer Egerer Privatfirma herbeigeschafft worden. Das ganze Vorgehen des Ordnertrupps bewies, daß es sich um militärisch gedrehte Strohtruppen handelt. Ein Teil von ihnen war sogar militärisch gekleidet. Die geschlagenen Heiden sind Studenten, andere noch nicht Mährijährige Burschen und ein ehemaliger L. Feldwebel, der den Egerer Arbeitern noch heute als Verräter bekannt ist.

Die erste Schmach zu der die Egerer Hafenkreuzler mit fliegender Fahne auszogen, ist für sie elend ausgefallen. Mit verbitterten Schreien schrien sie ohne Fahne heim, nachdem sie Gelegenheit erhalten hatten, zu erfahren, wie die deutschböhmisches Arbeiterschaft mit jenen umzugehen gewohnt ist, die da etwa vernehmen, Münchener Gummiknüppelmethoden auch hier anwenden zu können. Das mag ihnen vielleicht auch eine Lehre sein, daß das Proletariat Deutschböhmens mit den Horden Hitlers und Krebsens nichts zu tun haben wollen.

Die Militärkontrolle Deutschlands.

Ueberreichung einer deutschen Antwortnote.

Berlin, 1. April. (Woff.) Der deutsche Botschafter in Paris hat heute abends der Botschaftskonferenz unter Bezugnahme auf die Note vom 5. März über die Wiederaufnahme der Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission eine Antwortnote überreicht, in der die deutsche Regierung den Willen zur Verständigung, der aus der Note der Botschaftskonferenz spricht, würdigt und den Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung, um aus der Sachlage herauszukommen, durchaus akzeptiert. Mit Genugtuung hat die deutsche Regierung davon Kenntnis genommen, daß die alliierten Regierungen sich erboten, die Aufgabe der Kontrolle zu begrenzen und das jetzige Organ der Kontrolle durch ein anderes zu ersetzen, sobald diese Vereinigung bis zu einem gewissen Stadium vorgeschritten ist.

Die Note entwickelt dann einen Gegenwortsatz der deutschen Regierung, die Durchführung dieser beschränkten Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines anderen

dojen, Ohrgehänge, die mehr kosten, als unsern Lebensvermögen sein Leben lang ausgehen wird. Die Fenster der Läden sind verbängt und das ist gut so: man erspart sich wenigstens den Anblick jener feilen, gefühllosen Geldgieriger, die hier die Juwelen kaufen, mit welchen sie ihre Frauen zu verzücken und linken Hand behängen werden.

Champs-Élysées. — Hier in diesem vornehmen Viertel mit den breiten, spiegelglatten Asphaltstraßen, auf denen ihre Luxusautos mit sanftem Rauseln dahingehen, hier wohnen sie in den fürstlich ausgestatteten Palästen, zwischen Perserteppichen, Sèvresporzellan, Silbergeschirr und Stilmöbeln: jene Industriearbne, Bankrauvitter, kurz alle jene professionellen Menschenhändler, die man unter dem Namen Kapitalisten zusammenfaßt und die an einem Abend mehr für Auktionen ausgeben, als ihr ältester Beamter, Vater von fünf Kindern, monatlich an Gehalt bezieht. Jene Kavaliere, die dem Aufschrei des lumpig bezahlten Arbeiters: „Herr, ich muß auch leben!“ gern mit dem „Scherz“ antworten: „Warum, ich sehe nicht ein...“

Hier wohnt mancher allein in sechs Zimmern; anderswo wieder sechs in einem dampfen Loch — man nennt das ausgleichende Gerechtigkeit!

II.

Ich steige auf dem Spermplatz, also inmitten des „Hielien“ Viertels von Paris, in die Untergrundbahn und gelange nach kurzer Fahrt nach Charonne, eines der ärmsten Viertel der Stadt. Und doch scheint es mir beim Durchschreiten dieser armeneligen Gassen, als habe ich eine lange, lange Reife hinter mir. Hier wohnt zusammengesprengt die Armut in düsternen zusammengelaureten Häu-

ganen zu legen. Wenn man nicht vorziehen sollte, eine Existenz terminmäßig zu bestreiten. Die Note erinnert dann an die Erklärung der englischen Regierung in der Unterhausung vom 7. Mai 1923, derzufolge Deutschland seinen Abrüstungsverpflichtungen Genüge geleistet hat und insbesondere seine Wehrmacht unter das zulässige Soll von 100.000 Mann reduziert und die Abgabe von Waffen und Munition in vollkommen zufriedenstellender Weise durchgeführt hat.

Die deutsche Regierung macht den weiteren Gegenwortsatz, daß sich die alliierten Mächte zur Herbeiführung der von ihnen für nötig gehaltenen Untersuchungsabhandlungen an den Völkerbund wenden. Der Völkerbund wird die etwa nach Deutschland zu entsendende Untersuchungskommission so zusammensetzen können, daß sie nach Bedeutung und geistiger Zusammensetzung ihrer Mitglieder nicht als im Interesse einzelner Mächte, sondern nur im gesamt europäischen Interesse handelnd erscheinen kann. Er wird auch in der Lage sein, durch gleichzeitige Einleitung gemeinsamer Abrüstungsakte die breite Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die etwa für not-

den, von denen der Verpus abgefallen ist; hier vegetieren sie in dumpfen Stuben, die Fabriksklaven; hier „erholen“ sie sich nach der nervenfressenden Arbeit des Tages. Die engen finsternen Gassen sind jetzt am Vormittag fast wie ausgestorben, Männer und Frauen erspähen sich in den Fabriken das bishen Lebensunterhalt. Man erblickt höchstens ein paar Greisinnen und ganz kleine Kinder; die größeren stehen ja bereits an der Treitmühle der Fabrikarbeit. Ein paar neue Häuser sind auch da: sechsstöckige, freundliche Zinshäuser mit dem stereotypen Vorstadtschick. Champs-Élysées und Charonne — besser kann man wohl nicht Soziologie studieren! Armut sei keine Schande? Doch: sie ist die größte Schande der Reichen!

Meinen Rückweg nehme ich über den Friedhof Père Lachaise. Der Riesenstadt der Lebenden entspricht die Riesenstadt der Toten. Friedhof nennen sie das, aber den Frieden sehe ich nicht. Dagegen schreit mir von diesen Grabsteinen die Eitelkeit, Beschmacklosigkeit und Sensationsucht der trauernden Hinterbliebenen entgegen. Eine zehn Meter hohe Steinpyramide für General E. Sieger (Schlachter!) von J. Ein Mausoleum für Herrn Z., dessen einziges Verdienst es wohl war, daß er recht viel Geld hatte. Wie wäre es gewesen, wenn man mit den vielen Millionen für diese Grabsteine und Monumente, die man — Hand auf Herz! — doch nur wegen der anderen herstellt, Charonne in eine helle Gartenstadt verwandelt hätte, in der frohe Menschen nach harter Tagesarbeit Leib und Seele auslüften, anstatt aus Angst vor ihren dumpfen Höhlen ihre large Ruhezeit im Wirtshaus zu versippen? Doch es ist wohl zwecklos, solch hypothetische Fragen zu stellen.

Paris, 25. März.

wendig gehaltenen Untersuchungsabhandlungen nicht der dauernden Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes zwischen dem deutschen Rüstungsstande und demjenigen seiner Nachbarn, sondern der ehrlichen und erdgültigen Befriedigung Europas dienen.

Eisenbahnerstreik in Deutschland.

Berlin, 1. April. Die Streikbewegung unter den Eisenbahnern greift immer weiter um sich und ist schon bis Stuttgart, Mannheim, Nürnberg vorgebrungen. Die Bewegung befolgt die Erzielung höherer Löhne als auch die Wiederherstellung des Achtstundentages zum Ziele. Heute fanden im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen über diese Forderungen statt. In der Arbeitszeitfrage ist man sich etwas entgegengekommen, dagegen sind in der Lohnfrage große Differenzen vorhanden.

Lärmjenen in der französischen Kammer.

Paris, 1. April. Die Kammer tagt unter zahlreicher Beteiligung der Abgeordneten. Eine große Menge Zuhörer ist zugegen. Gleich zu Beginn der Sitzung ist eine Spannung der Atmosphäre zu bemerken, als der Vorsitzende die neue Interpellation ankündigt, gegen deren Behandlung sich Poincaré entschieden stellt, mit dem Hinweis, daß der Anschluß neuer Interpellationen gegen die Verhandlungsordnung verstöße. Durch Handaufheben wird schließlich die Vertagung der Interpellationen auf unbestimmte Zeit beschlossen.

Hierauf ergreift der Sprecher der Fraktion der republikanischen Entente Gaborit das Wort. Er versichert den Ministerpräsidenten der unbedingten Unterstützung. Er bestreitet, daß die gegenwärtige Kabinett einen Zug nach links stellt und betont die überragende Gestalt Poincarés (Poincaré weist lächelnd auf Maginot, der ihn um einen Kopf überragt). Der Redner begrüßt die Ernennung von Männern, die für Poincaré gekämpft haben. Im weiteren Verlauf kommt es zu einem heftigen Zwischenfall, als Gaborit einige Stellen aus der Rede Briands in Carcassonne verliest und ihn deswegen angreift, wobei ihn das Haus häufig unterbricht. Die Debatte geht ins Persönliche und wird von der Kammer mit Unruhe verfolgt. Von sozialistischer Seite werden verschiedene kompromittierende Zeitungsartikel hervorgezogen. Der Lärm steigert sich, so daß der Redner nicht weiter sprechen kann. Die Rechte und die Mitte schlagen auf die Pulte. Die Sitzung wird unterbrochen und die Galerien werden geräumt.

Erst nach Wiederaufnahme der Sitzung kann Gaborit seine Rede beenden. Er schließt mit den Worten, daß die Majorität von dem Bewußtsein erfüllt ist, daß sie ihre Pflicht getan und im Interesse des Landes gekämpft habe.

Hierauf erhebt der kommunistische Abgeordnete Blaneu zu der Interpellation über die allgemeine Politik das Wort. Er ersucht, daß die Kammer noch vor ihrem Auseinandergehen über die Annahme schlüssig werden müßte, auf welche Forderungen von Beurteilten warten. Der Redner verlangt ferner, daß die Regierung ihre Absicht Sowjetrußland gegenüber klar zum Ausdruck bringen soll.

Berkschärfung der Belgrad-Agramer Krie.

Der oppositionelle Block will in Agram ein Parlament etablieren.

Belgrad, 1. April. Man vermutet, daß die Regierung die Stupschina bis zu ihrer Auflösung überhaupt nicht mehr einberufen werde, um so die Anerkennung der kroatischen Mandate zu verhindern. Da ein derartiges Vorgehen der Regierung von der Opposition als offener Gewaltakt gegen das Parlament aufgefaßt wird, verleiht, daß der oppositionelle Block eine Gegenaktion von weittragender politischer Bedeutung plane. Nach den Morgenblättern würden die Mitglieder des oppositionellen Blocks Belgrad verlassen und nach Agram überfiebern, wo sie sich als Majorität der Volksvertretung konstituieren und ohne weitere Beachtung der Stupschina selbständige Beschlüsse fassen würden. Dies würde dem Vorgehen der Abgeordneten der kroatischen republikanischen Bauernpartei entsprechen, die sich als nationale Vertretung des kroatischen Volkes bezeichnen und als solche ihre Beschlüsse veröffentlichen.

Devilenturie.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 3.93.50
Berlin 100	Schweiz. Frank 17.00.40
Berlin 1	Mark 127.500.000.000.00
Wien 1	Silber. Kronen 2.078.00

Prager Kurze am 1. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1279.00	1285.00
1 Billion Mark!	7.45.00	7.65.00
100 belg. Francs	148.25.00	149.75.00
100 schwed. Franc!	602.50.00	605.50.00
1 Pfund Sterling	148.30.00	149.70.00
100 Lire	150.25.00	153.75.00
1 Dollar	34.50.00	34.80.00
100 franz. Francs	192.75.00	194.25.00
100 Dinar	42.75.00	43.25.00
10.000 ungar. Kronen	4.45.00	4.95.00
1.000.000 poln. Mark	3.88.50	4.18.50
10.000 österr. Kronen	4.83.00	5.03.00

Tages-Neuigkeiten.

Das Kinoproblem.

Dem Kampfe gegen die Schundliteratur gleichgestellt ist auch die Bekämpfung jener Ausartungen des Kinos, die gemeinhin als kitsch bezeichnet werden. Oft genug wird in unseren Organisationsklagen darüber geführt, daß Arbeiter zwar Geld und Zeit für Kinobesuche, aber nicht für Organisationszwecke haben. Zahlreiche Berechtigungen liegen solchen Klagen sicher in ausreichendem Maße zugrunde, aber mit dieser Feststellung allein ist noch nichts getan, ist vor allem noch nichts gebessert. Die Bemerkung, daß vom Kampfe gegen die Schundliteratur der Kampf gegen den kitsch gleichgestellt ist, muß dahin ergänzt werden, daß für das Leben schlechter Bücher und den Besuch schlechter Kinostücke ganz gleiche Ursachen vorhanden sind. Sowohl dem einen, als auch dem anderen liegen weltliche Zustände zugrunde, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit bei Menschen einer bestimmten Gesellschaftsklasse sich herausbilden. Der gleichmäßige, der Arbeit einer Maschine ähnliche Lebenslauf der Arbeiterklasse angehörenden Menschen hat zur Folge, daß für alle körperlich-seelischen Regungen, die keine Auslösung finden können, die Phantasie Ersatz sucht. Der Arbeiter erlebt nichts besonderes, er geht früh zur Arbeit, am Abend kehrt er nach Hause zurück, am Tage an der Maschine hinaus, während dieselbe mechanische Arbeit, zu Hause immer dieselbe Sorge, es entsteht eine Sehnsucht nach irgend einem Erleben, die Phantasie strebt nach Befriedigung. An dieser Stelle beginnt nun das Unheil, die stark angespannte Phantasie des Lebens, die keine Auslösung findet, wird zum Zerrbild des Lebens. Raum und Zeit, Größen- und Kraftverhältnisse verlieren jeden Boden, sie werden in größter Weise phantastisch verändert, werden unwirklich und traumhaft. Die Vorbedingung für eifrigen Kinobesuch ist nun gegeben, denn das Kinodrama ist doch nichts anderes als eine Verzerrung des Lebens, etwas Unwahres, Unmögliches. Der junge Mann begeistert sich an den ungeheuerlichen Taten des Weltbetrüblers, das junge Mädchen träumt von Reichtum, die großen Erfolge eines Hochstaplers berauschen den Geist und so wird das von Sorgen freie Leben der sogenannten „besseren Kreise“, die sich alles bieten können und wie es das Kino zeigt, das Ziel unerfüllbarer Wünsche vieler Menschen.

Daß die auf der Leinwand vorüberziehenden Ereignisse vielfach als Wirklichkeit genommen werden, darüber belehren die lebhaften Rufe vieler Kinobesucher. Der Besuch der Kinodramen ist die Flucht in einen phantastischen Lebenserfahrungen und daß er dem Kampfe um bessere Lebensverhältnisse manchen Kräfte entzieht und das klare Denken lähmt, ist leider Tatsache. Aber diese Feststellung, ohne besser, wie gesagt, nicht das Geringste. Es ist aber notwendig die Ursachen des Kinobesuches aufzudecken, um erfolgreich dagegen wirken zu können. Mit Klagen wird nichts gebessert, durch sie werden die Kinostunde nicht vom Besuche abgedrängt. Klischees kann nur geschaffen werden, wenn die erzieherische Seite des Films benützt wird, um durch den Kinobesuch die Phantasie im kulturfördernden Sinne zu beeinflussen.

Das Kinoproblem ist nur ein Teil des großen Problems der Erziehung. Der Kinobesucher fühlt selbstverständlich nicht den Beruf eines Erziehers in sich und hat auch keine Ursache dazu, da für ihn das Kino nur eine Verdienstmöglichkeit ist, wie jedes andere Geschäft. Das Kino, dessen Besitzer verdienen will, muß das vorführen, was dem Publikum gefällt, was Besucher anlockt und das ist eben die Schauerdramatik, die keinerlei Anspruch an das Denken stellt. Das Kino, das oft mit dem Theater verglichen wird (es werden ja bereits Theaterstücke verfilmt) ist doch wesentlich verschieden. Dem Kino fehlt das Wort, der Dialog. Die erklärenden Worte des Films sind kein Ertrag und das Kinostück muß daher durch bewegte Handlung, überraschende Tricks, stark bewegte Szenen zu wirken versuchen und es wirkt tatsächlich.

Es gibt dafür wieder Szenen, die auf dem Theater überhaupt nicht aufgeführt werden, durch den Film hingegen die stärkste Wirkung auslösen. Es sei auf den Film „Cuo vodis“ verwiesen. Da waren die schönsten Kinobilder: Der Brand Roms, das Prunkleben am Hofe Nero's, die Arenaszenen, also lauter Massenbewegungen und Katastrophen.

Es ist wohl eine schmerzliche Erkenntnis, daß der Kinobesucher das Ungewöhnliche, das Uebertriebene im Kino sucht, vor allem das, was man kitsch nennt. So diese oder jene Handlung, dieser oder jener Vorgang, der auf der Leinwand vor dem Beschauer abrollt, in Wirklichkeit so sein kann, darüber wird sich selten ein Kinobesucher Gedanken machen. Die meisten besuchen ja das Kino, um etwas Phantastisches zu sehen, sie erleben es mit, das Denken ist dabei vollständig ausgeschaltet. Abhilfe könnte nur geschaffen werden, wenn die Kinos nicht Geschäftszwecken dienten. In einem späteren Aufsatz soll diesen Fragen nähergetreten werden.

Patriotische Suppennudeln

oder

Geschäft ist Geschäft.

Unser Pariser Mitarbeiter schreibt uns: Die „Humanität“ brachte unlängst aufsehenerregende (auch im „Sozialdemokraten“ wiedererlebene) Enthüllungen über die Art und Weise, wie die französische Kapitalistenpresse zur Zeit des russisch-japanischen Krieges gegen ein ausgiebiges Trinken russischer Papiere „kämpfte“. Der „Matin“ hat sich übrigens zu dem Verwurf veranlaßt gesehen, sein in der letzten Zeit stark komponiertes Aufsehen durch Anstrengung eines Verleumdungsprozesses gegen die „Humanität“, welcher in den nächsten Tagen aufgesprochen wird,

wieder aufzufrischen; ob ihm das gelingen wird, ist sehr zweifelhaft.

Während es sich jedoch bei den r. j. Geldern mehr um politisches Schmieröl handelte, erweist sich die französische Kapitalistenpresse auch sonst als begeisterte Anhängerin des Spruches „Geld stinkt nicht“. Ein klassisches Beispiel bringt dieser Tage das „Journal“, ein Boulevardblatt in Reinkultur.

Es handelt sich um ein Preisauschreiben in der Höhe von 500.000 Frank. Diese Art von Bauernfängerei hat in der letzten Zeit bei der Kapitalistenpresse aller Länder sehr eingebürgert und ist etwas so alltägliches geworden, daß wir uns, obwohl über diese Art von „Geschäftsführung“ manches kräftige Wort zu sagen wäre, nicht weiter damit abgeben wollen.

Das Preisauschreiben des „Journal“ ist jedoch besonders interessant, es ist sozusagen ein Unikum-Preisauschreiben. Folgendes „Rätsel“ hat gelöst zu werden: Wieviel Suppennudeln bzw. Nudeln verschiedenen Formates sind in drei der üblichen Pakete, in welchen diese Nahrungsmittel verkauft werden, vorhanden, und zwar wieviel in jedem einzelnen Paket und wieviel in allen dreien zusammen? Ganz zufällig verfaßt das „Journal“ darauf, daß diese Nudeln und Nudeln Fabrikat der Firma Bozon-Verduraz sein müssen und mit der Lösung des „Rätsels“ müssen die Verschlußmarken dieser Pakete sowie einige Köpfe des „Journal“ eingekauft werden, womit sich der Einfender sowohl als Käufer der Bozon-Verduraz'schen Erzeugnisse als auch als eifriger Leser des „Journal“ legitimiert. Der erste Preis besteht aus 100.000 Frank bar, der zweite in einer Villa, welche zufällig von den Baumeistern Gebrüder Holland gebaut wird; außerdem erhalten Preise von 5000 Frank diejenigen Kaufleute, welche Nudelpakete an die ersten hundert Preisträger verkauft haben.

Ein Kommentar erübrigt sich wohl, denn es ist doch selbstverständlich, daß die Firma diese „Gefälligkeit“ des „Journal“ nur mit einem Vergeltens Gott belohnt, während andererseits das „Journal“ sein Preisauschreiben nur zu dem Zwecke veranfaßt, um das Publikum zum Kaufe der besten und vor allem garantiert französischen Suppennudeln zu veranlassen und auf diese Weise sein Egoismus zum allgemeinen Wohle und zur Ruhmung des Frank beizutragen.

Die deutschbürgerliche Wirtschaft in Aussig.

Aus Aussig wird uns gemeldet: In der Sitzung der Aussiger Gemeindevertretung am Montag kam die Frage des Ausbaues der städtischen Straßenbahn zur Verhandlung. Unsere Genossen hatten bereits im Sommer des Jahres 1923 mit den Verhandlungen begonnen und es bestand die Möglichkeit, von der Prager Straßenbahn alte, jedoch noch vollständig gebrauchsfähige Schienen zum Preise von 60 K pro 100 Kilogramm zu erwerben. Der Ausbau der Straßenbahn war auch dringend notwendig, weil durch den Bau der Schwedensteiner Staustufe die Stadt die Möglichkeit hatte, aus ihren Steinbrüchen Steine an die Bauleitung zu liefern, wenn die Möglichkeit der Zufuhr gegeben wurde. Plötzlich tauchte die Firma Schicht als Konkurrentin der Stadt auf und machte die größten Anstrengungen, um die bereits vereinbarte Lieferung von 40.000 Kubikmetern Steine zu hinterziehen. Als alles nichts half, begann die Firma Schicht mit tschechischen Firmen zu verhandeln und verkaufte ihre Steinbrüche in Libochowan an die tschechische Firma Rejedy, Rehal & Co. Die deutsche Firma Kleisch verkaufte ebenfalls ihre Steinbrüche in Salsel an eine tschechische Firma (Pekaf). Die beiden Firmen konnten nun der Stadt einen großen Teil der Steinlieferungen wegnehmen. Auf diese Weise wurde zur Zeit der sozialdemokratischen Herrschaft in Aussig der Bahnbau hintertrieben. Als am 16. September die Bürgerlichen in der Gemeinde die Mehrheit erhielten, war es nicht mehr notwendig, die Quertreibereien von außen zu besorgen; sie wurden jetzt von innen gemacht. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Straßenbahn, der deutschnationale Ferdinand Mareš, war von vornherein gegen den Straßenbahnbau und ging sogar soweit, daß er einen Beschluß des Ausschusses in aller Form sabotierte. Durch all diese Machenschaften kam es soweit, daß die Prager Straßenbahn die Schienen verkaufte, so daß nunmehr neue Schienen angeschafft werden müssen, die pro 100 Kilogramm 109 Kronen kosten. Da die Bahn nahezu drei Kilometer lang ist, ergibt sich für die Gemeinde ein Schaden von 327.000 K. Außerdem verliert die Stadt, da die Bahn erst im Herbst fertiggestellt sein wird, fast die ganze Steinlieferung, was einen Verlust von ungefähr 70.000 K ausmacht, und ferner den Ertrag des Personen- und Frachtenverkehrs im Sommer — Verlust von zirka 40.000 K, so daß die Stadt insgesamt um ungefähr 450.000 K geschädigt wird. So wirtschaftet in Aussig die bürgerliche Mehrheit, deren Vertreter es nie genug an den Behauptungen fehlen lassen konnten, wie sehr die Gemeinde unter der sozialdemokratischen Mehrheit geschädigt werde.

Vergehen der Verabreichung der staatlichen Behörden. Montag hatte sich vor einem Senate des Obersten Strafgerichtes der kommunistische Sekretär Kdošak Eder wegen des Vergehens der Schmäherung der Republik und der Ueberletzung der „...“ eines Teiles der Armee zu verantworten, der er sich am 1. Mai v. J. als Redner nach einer Rastfeier schuldig gemacht hatte. Der Gerichtshof sprach ihn von der Anklage wegen des Vergehens „...“ des Schutzgesetzes frei, erkannte ihn aber des Vergehens der

Verabreichung der staatlichen Behörden nach § 300 St. G. und der Ueberletzung der Uebeldigung der Genarmee schuldig. Er wurde zu drei Wochen strengen Arrestes verurteilt; ein bedingter Strafausschub wurde nicht bewilligt.

Ueberschweemmungen in der Slowakei. In Böggerzwehede verschlimmerte sich die Situation ständig. Das Wasser überflutete auch die Eisenbahnlinie. Die Bahnstation in Böggerzwehede, wo auch das Postamt untergebracht ist, bildet nur eine Insel. Aus Králov Chumec wird gemeldet: Der Wasserstand ist immer noch ein hoher, aber der Wind ließ nach, so daß die Gefahr jetzt geringer ist. In Szenty sind 42 Häuser eingestürzt, in Solnoča 22. Die Gemeinde Böggerz St. Maria ist fast vernichtet. Der Böggerz St. kritisch. Der Wasserstand der Latorica bei Cop beträgt heute plus 472 (gestern 480), derjenige der Theiß plus 574 (gestern 568). In Böggerzwehede sind die 8 Meter hohen Wasserstandmesser bereits seit drei Tagen unter Wasser. Der Wasserstand wird auf etwa 9 Meter abgeschätzt.

Fliegerabsturz. Montag nachmittag übte der Rotmeister-Feldpilot Petrásek auf dem Flugzeug „Spad-VII“ in der Gegend von Kuvál. Da er allzu niedrig manövrierte und bei einer Evolution die Schnelligkeit verlor, stürzte er in der Gemeinde Skvory auf die Straße und erlitt eine so schwere Verletzung, daß er auf der Stelle verschied. Rotmeister Petrásek war als ausgezeichneter Pilot bekannt und Lehrer im Kurse des ersten tschechoslowakischen Fliegerregimentes.

Hohe Strafen für den Verkauf schlechter Milch. Mit Rücksicht auf im Ministerium für Volksernährung eingelaufene Beschwerden über den Verkauf von verdorbener und des erforderlichen Fettgehaltes entbehrender Milch sowohl im Detailverkauf als auch durch die Molkereien hat das Ministerium folgende Verfügung getroffen: Jeder, der Milch im Detailverfahle verkauft, ist verpflichtet, auf jeder Kanne sowohl den Preis als auch die Qualität der Milch zu bezeichnen. Auf den Kannen muß auch deutlich bezeichnet werden, ob sich in der Kanne pasteurisierte oder nicht pasteurisierte Milch befindet. Die erstere Milch muß wenigstens 32 Prozent Fett und neun Prozent fettfreie Trockenprodukte enthalten. An Strafen sind vorgesehen: Geldstrafen bis zu 5000 K oder Arrest bis zu drei Monaten.

Protest gegen die rumänische Annexion Bessarabiens. Montag fand im Saale des Studentenhauses in Prag-Albertov eine Versammlung bessarabischer Studenten statt, welche an den Hochschulen Prags studieren. In der Versammlung wurde ein Vortrag des Studenten Strimban über die Lage Bessarabiens in Verbindung der russisch-rumänischen Konferenz in Wien gehalten. Der Referent schilderte das Vorgehen der rumänischen Okkupationsbehörden seit der Zeit des Einmarsches der rumänischen Truppen. Die Versammlung beschloß, die Sowjetdelegation mit folgender Resolution zu begrüßen: „Wir erheben unsere Proteststimme gegen die Okkupation, begrüßen die Sowjetdelegation in der russisch-rumänischen Konferenz in Wien und bitten sie, sie möge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln folgende Forderungen vertreten: 1. Sofortige Entfernung aller rumänischen Okkupationsstruppen und aller Beamten, die aus Bukarest geschickt wurden, aus Bessarabien. 2. Sofortige Freilassung aller, welche aus politischen Gründen im Gefängnis sitzen. 3. Sofortige Freisetzung aller Bessaraber, welche mit Gewalt in die rumänische Armee gesteckt wurden. 4. Sofortige Rückstellung des ganzen Volksvermögens, welches aus Bessarabien weggeführt wurde. 5. Volle Bezahlung aller materiellen und moralischen Schäden, welche die Okkupationsbehörden der Bevölkerung brachten. 6. Bildung einer moldawischen Arbeiterrepublik und ihre Angliederung an Sowjetrußland.“

Verbot des Hausierhandels in Bodeorten. Nach dem neuen Hausiergesetz ist der Hausierhandel in den Bodeorten und den Gemeinden mit wenigsten 15.000 Einwohnern grundsätzlich verboten.

Revisionsanmeldung gegen dem Urteil im Zeigenerprozeß. Wie die Blätter aus Leipzig melden, hat der Verteidiger Zeigners gegen das Urteil die Revision angemeldet.

Deutschlands Jugend. Der bekannte Professor der Nationalökonomie Werner Sombart wurde Dienstag in Berlin auf einer Untergrundbahnstation von einem Studenten auf das Geleise gestoßen. Sombart erlitt einen Herzschod, wurde aber dadurch gerettet, daß es dem Führer der Untergrundbahn gelang, den Aug noch rechtzeitig zum Halten zu bringen. Der Student, der sofortig festgenommen wurde, gab an, die Tat aus Rache begangen zu haben.

Ehrhardt bleibt frei — Kommunisten werden verhaftet. Nach Blättermeldungen wurden in Traunstein (Bayern) zehn Mitglieder der Kommunisten, darunter die Führer Rischer und Pragenthaler wegen politischer Umtriebe verhaftet.

Eine neue Zeitrechnung in Sicht? Wie der Wiener „Stunde“ aus Rom gemeldet wird, ist Papst Pius XI. im Begriffe, das seit Jahrhunderten diskutierte Problem der Zeitrechnung endlich einer Lösung zuzuführen. Er prüft gegenwärtig, gemeinsam mit einer Kommission von Kardinälen, den Kalenderentwurf des französischen Gelehrten Paul Delaporte, der im Vorjahre einem wissenschaftlichen Kongreß in Lüttich vorgelegt und dort für wissenschaftlich einwandfrei befunden wurde. Nach dem Entwurf Delaportes scheidet der Neujahrstag sozusagen aus dem Kalender aus, er wird „ein Tag außer-

halb des Jahres“ sein; in Schaltjahren wird es sogar zwei Neujahrstage geben. Nach Abschmürung des Neujahrstages, bzw. der beiden Neujahrstage, besteht dann das Jahr aus 364 Tagen, die auf 13 Monate von je 28 Tagen aufgeteilt werden. Jeder Monat besteht einheitlich aus vier Wochen, so daß der erste Tag einer jeden Woche auch der erste Tag des Monats sein wird. Wenn z. B. die Woche offiziell mit dem Sonntag beginnt, so wird auch jeder Monat mit einem Sonntag beginnen und mit einem Samstag enden. Hierdurch wird die ganze Zeitrechnung vereinfacht: jeder 1., 7., 14. und 21. Tag wird ein Sonntag sein, so daß die oft komplizierten Berechnungen von Feiertagen im Handelsverkehr entfallen, besonders die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß ein auf einen Wochentag gedachter Feiertag zufällig auf einen Sonntag fällt. Was die Feiertage anlangt, so entfallen nach dieser Zeitrechnung die sich webenden Feiertage, wie z. B. Ostern, die jetzt zwischen Ende März und Ende April schwanken. Es wird nur mehr fixe Feiertage geben, die jedes Jahr auf einen bestimmten Tag fallen. Weihnachten werden immer auf denselben Tag fallen, z. B. auf den Donnerstag, 27. Dezember. Die Kommission der Kardinäle, die sich gegenwärtig mit diesem Plan befaßt, ist der Meinung, daß eine derartige Reform des Kalenders nicht gegen die Dogmen der katholischen Kirche verstöße, so daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß wir demnächst mit einem einheitlichen und leicht zu überblickenden Kalender beglückt werden.

Die Werbekraft der Labour Party. Das unabhängige englische Parlamentsmitglied Oswald Mosley, ein Schwiegersohn Lord Curzon's, der früher einen Sitz im Unterhause als Koalitionsunionist einnahm, hat an Macdonald einen Bericht gerichtet, in dem er ihn um seine Aufnahme als formelles Mitglied der Arbeiterpartei ersucht, mit deren unmittelbarer Politik und deren Idealen er sich in Uebereinstimmung befindet.

Ein belgischer Grubenhund. Ein Versuch des Brüsseler Blattes „Pourquoi pas?“ hat bewiesen, daß nicht nur Zeitungsschreiber, sondern auch Politiker dafür zu haben sind, über Dinge zu sprechen, von denen sie nichts wissen. Das Blatt sendete an zahlreiche belgische Politiker ein mit „Comité Valère Joffelin“ unterzeichnetes Rundschreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß Ende März die Büste Valère Joffelins, des großen Patrioten von Valenciennes, im Festsaal des Rathhauses dieser Stadt enthüllt werden würde. Der Präsident der Republik und die Vertreter der Departements- und städtischen Behörden würden an der Feier teilnehmen. Die belgischen Politiker wurden eingeladen, Ansprachen bei der Enthüllung des Denkmals zu halten. „Pourquoi pas?“ erhielt von den meisten der Persönlichkeiten, an die es sich gewendet hatte, Zuschriften, in denen sie sich mit Freuden bereit erklärten, Reden zum Andenken an den großen Patrioten Valère Joffelin zu halten. Das Weitere an der Sache ist aber, daß Valère Joffelin nie gelebt hat, sondern in allen Stücken vom „Pourquoi pas?“ erfunden worden ist. — Uebrigens hat Valère Joffelin einen Vorgänger. Vor Jahren hat ein französisches Blatt eine Subskription für ein Denkmal des gleichfalls frei erfundenen „großen Demokraten Gégéippe Simon“ eröffnet. Viele bekannte Parlamentarier haben damals begeistert zugestimmt, und wenn der Erfinder des Gégéippe Simon nicht den Scharf angebedt hätte, wäre das Denkmal wohl wirklich errichtet worden.

Ueber 200 Millionen Polenmark für Handschellen. Diese Summe — genau 120.000 Pfloths — wurden bei der Besprechung des Polizeietats in der Budgetkommission des polnischen Sejms gegen die Stimmen der Sozialisten und Minderheiten bewilligt. „Die Handschellen“, sagte der ukrainische sozialistische Abgeordnete Waschnutz, „sind das Symbol für die geknechteten Ukrainer!“

Hochstapler, Betrüger und Verschwender. Ueber die Vertrieberien des Polen Koches, der wegen Verbreitung falscher Banknoten in der Bukowina verhaftet wurde, wird gemeldet, daß sich Koches im Jahre 1917 in Genf aufhielt, wo er ein verchwenderisches Leben führte. Er hatte sich das Vertrauen eines Genfer Bankinstitutes zu erwerben gewußt, das dann um eine Summe von 2.770.000 Franken betrogen wurde, worauf das Institut zahlungsunfähig wurde. Im Zusammenhange mit der vom Genfer Finanzinstitut eingereichten Strafflage erhoben auch mehrere schweizerische und Wiener Großbanken Klage gegen Koches. Die von diesem verschwendete Summe beläuft sich auf zusammen 13850.000 Franken. Die Genfer Gerichtsbehörden werden die Auslieferung des Betrügers verlangen.

Neue Flecktyphusfälle in Budapest. In einem von Zigeunern bewohnten Hause in der Radochgasse in Budapest sind neuerlich sieben Personen an Flecktyphus erkrankt und ein Zigeuner gestorben.

Wetterübersicht vom 1. April. Das Hochdruckgebiet über dem nordwestlichen Teil Europas dehnt sich langsam gegen Nordost aus. Es hat seine anfänglich günstige Wirkung auf unser Wetter verloren, da vom Mittelmeer her eine flache Barometerdepression nordostwärts vorrückt. Der Himmel hat sich daher in der Republik in der Nacht auf Dienstag bewölkt, die Nachtfröste waren jedoch nur mehr unbedeutend. In Prag fielen früh Regentropfen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend bewölkt, stellenweise Niederschläge, milde, Nordostwind.

Kleine Chronik.

Wahres Glas. Die verschiedenen Überlieferungen, muß im Altertum und vielleicht auch im Mittelalter ein Rezept bestanden haben, das ermöglicht hat, Glas herzustellen, das auch dem stärksten Druck elastisch nachgab und eine andre Form annahm, ohne dabei zu zerbrechen. Besonders heute, da alle Welt mit Spannung die Ausgrabungen des Pharaonengrabes verfolgt hat, dürfte der Bericht eines gewissen Van-Abd-Alkoms, der dem Sohn des Kalifen Arnal-Naschid über dessen ägyptische Pyramidenuntersuchung Aufschluß gibt, interessieren. Darin wird angeführt: In der westlichen Pyramide fanden wir dreißig Schatzkammern angefüllt mit kostbaren Steinen, Beispielen aller Art, irdenen Gefäßen, Waffen die nicht gerostet waren, sowie Glas, das gebogen werden konnte und doch nicht zerbrach. Auch in späteren Zeiten stößt man, der Zeitschrift „Glas und Apparat“ zufolge, mehrmals auf die Behauptung von elastischem, nicht zerbrechbarem Glas, so in Petrus Sauter: Das Glastisch des Trimalchio, wo erzählt wird, daß ein gläserner Pokal zu Boden geworfen wurde, dieser aber nicht zerbrach, sondern bloß eine Einbuchtung erlitt, die mit einem Hammer wieder hinausgeschlagen werden konnte, als ob es Metall gewesen wäre. Plinius und Dio Cassius erwähnen ebenfalls dieses unzerbrechliche Glas. Auch von den Alchimisten des Mittelalters wird behauptet, daß sie im Besitz eines merkwürdigen Rezeptes gewesen seien. Nach 1610 wird bei Anloß eines Geschenkes, das ein peruanischer Schatzkönig Philipp III. von Spanien in Form von sechs unzerbrechlichen Gläsern, die auch durch Hammerschläge nicht zertrümmert werden konnten, daran erinnert, daß zu Zeiten des Tiberius dieses biegsame Glas allgemein bekannt gewesen sei. Endlich wird auch von Rabelais behauptet, daß ihm ein spanischer Glasfäbriker solche unzerbrechliche Glasarten angeboten, er habe aber lebenslanglich eingekerkert habe, damit die französische Glasmachereindustrie keinen Schaden leide.

Volkswirtschaft.

Methoden der Lohn- und Arbeitszeitstatistik. Ein Bericht über die Methoden der Lohn- und Arbeitszeitstatistik, der für die im November 1923 abgehaltene internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker ausgearbeitet worden ist, wurde nun vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht. Als Hauptaufgaben dieses Zweigs der Statistik werden bezeichnet: die Beschaffung von Unterlagen über die Arbeitskosten als Teil der Produktionskosten, die Feststellung der Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter sowie der Verteilung des Ertrags der nationalen Arbeit. Zweierlei Arten von Lohnangaben sind wichtig: Einmal Lohnsätze, die für eine gewisse Zeiteinheit oder eine bestimmte Arbeitsmenge gezahlt werden; dann Arbeitsverdienste, welche die tatsächlich an die Arbeiter in einem Zeitabschnitt ausgezahlten Beträge darstellen. Angaben der erstgenannten Art sind reichlich vorhanden, solche über tatsächliche Arbeitsverdienste sind jedoch spärlich und gewöhnlich nur aus den Lohnlisten der Betriebe zu gewinnen. Ueberdies ist zwischen Nominal- und Reallohnen zu unterscheiden. Nominallohne sind in der Währung ausgedrückt, in der sie gezahlt wurden, doch sind ihre weitere Bedeutung, wenn man nicht ihre Kaufkraft kennt. Die Reallohne dagegen zeigen, wie hoch sich die Kaufkraft der tatsächlichen Lohnbeträge stellt. Der Bericht unterrichtet über die in den verschiedenen Ländern üblichen Verfahren der Statistik der Löhne und der Arbeitszeit, und er zeigt auch, daß zum Zweck der Aufstellung internationaler Vergleiche die Vereinheitlichung der statistischen Methoden erforderlich ist.

Die Bezirkskrankenkassa Neudorf gibt soeben ihren 35. Jahresbericht heraus. Wir entnehmen demselben, daß die Kasse zu Beginn des Berichtsjahres 8686, am Ende desselben 10.015 Mitglieder zählte. Danach haben sich also die Arbeitsverhältnisse im Bezirke Neudorf wesentlich gebessert. Krankenmeldungen erfolgten im Berichtsjahr 8501. Den anderen Angaben des ausführlichen Berichtes entnehmen wir, daß Höhenlonnenbehandlung von 204 Parteien in Anspruch genommen wurde. Das Zahnambulatorium hatte eine Frequenz von 2296 Parteien. Bemerkenswert ist die Heimarbeiterversicherung, welche zwischen den Arbeitgebern und der Bezirkskrankenkassa mittels Vertrages abgeschlossen wurde und die einen durchschnittlichen Mitgliederstand von 2601 zu verzeichnen hatte. Die Badeanstalt im Amtsgebäude in Hertenau wurde neuer fertiggestellt und eröffnete sich eines starken Zuspruchs. Da dieselbe nicht nur Mitglieder zugänglich ist, hat die Kasse auch für die Allgemeinheit ein wichtiges gesundheitsförderndes Werk geleistet.

Der Abbau der Staatsangehörigen in Oesterreich. Nach den letzten Zählungen ist, wie aus Wien berichtet wird, die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen von 245.800 am 1. Oktober 1922 bis zum 31. März 1924 um 66.000 vermindert worden. Es erfolgte demnach ein Abbau von mehr als 25 Prozent.

Deutschlands Farbenindustrie. Amerika hat während des Krieges und nach dem Kriege die größten Anstrengungen gemacht, sich von dem deutschen Farbenimport, auf den es 1914 fast vollständig angewiesen war, unabhängig zu machen. Von dem Ausmaß der Bemühungen, die zum Teil unter Protektion der amerikanischen Regierung vor sich gegangen sind, gibt die Tatsache eine richtige Vorstellung, daß seit Kriegsanfang bis Ende 1923 nicht weniger als anderthalb Milliarden Dollars in der amerikanischen Farb-

stoffindustrie investiert worden sind. Die jetzt für das Wirtschaftsjahr 1923 ziffermäßig vorliegenden Ergebnisse sind nicht zu unterschätzen, wenn sie auch nicht in einem annähernden Verhältnis zu den angewendeten Mitteln stehen. Die amerikanische Farbstoffindustrie konnte die Produktion an Farbstoffen steigern und neue Artikel auf den Markt bringen; im großen und ganzen ist sie aber nicht in der Lage gewesen, die deutschen Kohlen-teerfarbstoffe, besonders die Spezialartikel der deutschen Fabriken, zu ersetzen. Die Führung auf diesem Gebiete ist der deutschen Farbenindustrie trotz aller Rückschläge infolge des Krieges, des Versailler Vertrages und der Folgen aus der Ruhrbesetzung verblieben. Dafür spricht der Umstand, daß gleichartige amerikanische Artikel den deutschen Produkten der amerikanischen Markt kaum freitragend machen konnten. So ging die amerikanische Produktion auch im Jahre 1923 ausschließlich in den Export und wurde auf dem Weltmarkt abgesetzt, während der amerikanische Verbraucher die deutschen Fabrikate bevorzugte. Dadurch erklärt sich die Steigerung der deutschen Farbeinfuhr nach Amerika, die von der American Chemical-Society um 50 Prozent gegenüber 1922 angegeben wird. Daraus läßt sich schließen, daß die deutsche Farbenindustrie den ursprünglichen Markt in Amerika im großen und ganzen gut behauptet hat. Zahlenmäßig würde das mehr in die Erscheinung treten, wenn der Ruhrkampf nicht auf den Farbeexport der deutschen Fabriken lähmend eingewirkt hätte. Gegenüber den Farbstoffen haben die deutschen pharmazeutischen Präparate schlechter abgeschnitten. Das ist darauf zurückzuführen, daß die amerikanische Produktion hier anerkannte Fortschritte machen konnte, obwohl sie auch heute noch nicht mit den deutschen Medikamenten konkurrieren kann; jedoch ist es den amerikanischen Unternehmern gelungen, die Ausfuhr an pharmazeutischen Artikeln um ein Fünftel gegenüber 1922 zu steigern und die Exportziffer von 1913 glattweg zu verdoppeln.

Bergarbeiterstreik in Polen. Montag wurde in Oberschlesien der angekündigte Bergarbeiterstreik proklamiert. Der Streik umfaßt 75 Prozent der Gruben und nimmt an Umfang noch weiter zu. Heute findet eine Konferenz der Streikleitung der oberschlesischen Bergarbeiterschaft mit den Vertretern der Bergarbeiter des Dombrowaer, Kralauer und Teschner Reviers zwecks Verhinderung eines Sympathiestreikes statt.

Bauarbeiterstreik in London. Eine Massenversammlung der Bauhandwerker, die beim Bau der britischen Reichsausstellung beschäftigt sind, die am 23. April in Wembley nahe bei London eröffnet werden soll, hat einstimmig beschlossen, zur Erreichung von Lohnserhöhungen in den Streik zu treten. Die Arbeit wurde Montag 5 Uhr nachmittags niedergelegt. An dem Streik sind etwa 7000 Mann beteiligt.

Literatur.

Dr. Siegfried Kaminer: „Alter und neuer Geschichtsunterricht.“ Ernst Döberig-Verlag, Leipzig. Diese Schrift ist in der Schriftreihe „Entscheidende Schulreform“ erschienen, welche von einer Reihe fortschrittlicher Pädagogen in Deutschland, darunter vielen Sozialdemokraten herausgegeben wird, die nicht nur gegen das veraltete Schulsystem, sondern gegen jede Halbheit in der Schulreform ankämpfen. In den ersten Kapiteln gibt der Verfasser ein geradezu erschreckendes Bild der heutigen Schulzustände in Deutschland, die zeigen, daß nicht nur die deutsche Jugend, sondern ein Teil der deutschen Jugendbildner verwardelt ist und den Kampf gegen alles Neue und Fortschrittliche in die Schule hineintragen und so die Köpfe der Jugend verwirren, ihre Herzen vergiften. In den Lehrbüchern der Geschichte, die in Deutschland nach dem Kriege erschienen sind, werden viele Tatsachen im Interesse der reaktionären Parteien verfaßt und verzeichnet und sogenannte Historiker scheuen sich nicht, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Dem gegenüber entwickelt Kaminer neue Methoden des Geschichtsunterrichts, wobei der Anschauung ein größerer Raum gewährt wird, als bisher. An den Zuständen der Heimat, an dem, was der Schüler sieht, soll gezeigt werden, wie alles geworden ist. Außerdem verlangt der Verfasser eine stärkere Betonung der Geschichte der Neuzeit, als es bisher gewesen ist. Dies alles soll im Rahmen der soziologischen Schulung der Jugend geschehen, die darin bestehen soll, daß der Schüler selbst in der freien Schulgemeinde jene sozialen Eigenschaften entwickeln soll, die der neue Mensch in der Gesellschaft braucht. „Die Geschichte“, zu diesem Schluß kommt der Verfasser, „besteht nur aus Haupt- und Staatsaktionen. So besteht für manchen Menschen das Leben nur aus Weibmächts-, Oster- und Geburtstagen, allenfalls noch Hochzeit und Gebaltsverhöhung. Was dazwischen liegt, der graue Alltag, er hat keine Existenzberechtigung... An Stelle dieses Lebens nach Schein und Nichtigkeit wollen wir ein Leben nach Wahrhaftigkeit und Würdigkeit. Der Alltag und die Arbeit sollen heilig gesprochen werden.“ Wenn auch an manchen Anschauungen des Verfassers Kritik geübt werden kann (so zum Beispiel an dem, was er über die materialistische Geschichtsauffassung sagt), so ist doch der Kampf, den er und seine Freunde gegen die Weichheit der deutschen Pädagogen führen, ein außerordentlich verdienstvoller. E. St.

„Der Kampf.“ Soeben ist das 4. Heft des „Kampf“ mit folgendem Inhalt erschienen: Otto Bauer: Betriebsräte oder Betriebsratsmonopol? — Richard Seidel (Berlin): Seelenkrisis des deutschen Proletariats. — Helene Bauer: Klassenkämpfe und Agrarreformen in Polen. — Ludw. Hartmann: Grundlagen einer Universitäts-

reform. — Robert Danneberg: Das österreichische Wahlergebnis. — L. Leonhard-Schall: John Galsworthy. — Biederstein: Das Halbjahresabonnement 24.000 Kr. (20 K.). Bestellungen sind an die Verwaltung des „Kampf“, Wien VI., Gumpendorferstraße 18, zu richten.

Kunst und Wissen.

Neuausgabe Smetanascher Jugendwerke. Das diesjährige Smetana-Jubiläum hat die „Hudební matice umelece fondy“ in Prag veranlaßt, den großen tschechischen Tonbildner auch durch Veröffentlichung seiner bisher so ziemlich unbekannt gebliebenen Jugendwerke zu ehren. Unter ihnen sind zunächst die fünf aus den Jahren 1846 und 1853 stammenden Lieder Smetanas mit Klavierbegleitung zu nennen, die der tschechische Meister auf deutsche Texte komponierte und die über seine tonbildnerischen Anfänge interessante Aufschlüsse geben. Der stellenweise flawische Tonfall in der Melodie dieser Lieder, insbesondere in dem ersten: „Lieschens Blick“, beweist, daß der musikalische Kern Smetanas trotz aller deutschen Bildungs- und Erziehungseinflüsse immer tschechisch blieb. Eine löbliche Gabe für alle Musikfreunde und für das musiklebende Volk bilden die ebenfalls aus den Jugendjahren des Meisters stammenden, mit reizenden Zeichnungen Fr. Kolars, des Vaters von Smetanas erster Frau, gezeichneten „Hochzeitsliedern“ für Klavier zweihändig in drei Teilen, deren Klaviertext Smetana später teilweise, mit Veränderung der Tonart, in seine Oper „Die verkaufte Braut“ übernommen hat. Unter den letzten und weiteren Neuausgaben der ungenannt regalen „Hudební matice“, die sämtliche neue Werke abermals auch in deutscher Sprache erscheinen läßt, verdienen noch besondere Beachtung: Eine in der Stimmung ausgezeichnet getroffene, durch den Gegensatz des Langrhythmus und dramatischen Tones doppelt wirkende Polka für Tenor und Orchester „Der fremde Gast“ nach der gleichnamigen Dichtung R. J. Erbens von Ottomar Ströhl, der auch den Klavierauszug selbst bearbeitet hat, ein Zyklus von acht ebenso dankbaren wie im Tonlage gediegenen Männerchören „Gesänge des Abends“ von Jos. V. Foerster, deren musikalisch und dichterisch gleich ausgezeichnete deutsche Uebersetzung der heimische Dichter Max Brod befragt hat und schließlich ein balladenmäßiger Männerchor „Allerjeden“ von Jeliš Jeno. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Melius-Raittsch „Rigoletto“; morgen Donnerstag „Der Ruf“; Freitag Gastspiel Melius-Raittsch „La Traviata“; Samstag „Doll“; Sonntag „Tarsifal“ (Beginn 5 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch Gastspiel Morgan „Die Hofe“; Donnerstag „Die deutschen Kleinstädter“; Freitag und Sonntag abends Gastspiel Morgan „Die Causa Kaiser“; Samstag 7 Uhr Gastspiel Morgan „Der Fuchsbach“, Nachvorstellung Gastspiel „Der unsichtbare Mensch“, „Das Streifenquartett“, „Die Schule der Autoren“, „Der Mann ohne Namen“; Sonntag 3 Uhr „Das Kamel geht durch das Nadelohr“.

Die nächste Arbeitervorstellung „La Boheme.“ Für Sonntag, den 13. April ist im Neuen Theater, halb 3 Uhr nachmittags, als Arbeitervorstellung Puccinis Oper „La Boheme“ angekielt. Kartenvorverkauf bei Optiker Genossen Deutschen, Graben 26, Kleiner Bazar.

Mitteilungen aus dem Subitum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
1322

Aus der Partei.

Die Parteitagreden. Die als Broschüren herausgegebenen Parteitagreden der Genossen Dr. Czoch, Pohl und Dr. Stern sind bereits vergrieffen. Diejenigen Organisationen, welche noch Broschüren wünschen, müssen ihre Bestellungen bis zum 10. April an das Parteisekretariat in Prag II., Havelkova nam. 22, richten. Später einlangende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bezirkskonferenzen. Sonntag, den 6. April l. J. findet um 9 Uhr vormittags in Tschannerls Gasthaus in Tachau eine gemeinsame Bezirkskonferenz sämtlicher Sozialorganisationen des Tachauer und Pflaumberger Bezirkes, sämtlicher Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiter-Turn- und Gesangsvereine usw. statt. Tagesordnung: Werbeaktion und Auffeier. — In Ausführung des Beschlusses des Aufseiger Parteitag und der letzten Bezirkskonferenz wird im Kreisgebiete Karlsbad in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai eine allgemeine Werbeaktion durchgeführt. Zur Vorbereitung derselben werden für Sonntag, den 6. April nachstehende Bezirkskonferenzen einberufen: Karlsbad, nachmittags 2 Uhr, im „Hotel Wachtmeister“ in Fischern. Referent: Gen. Löw. Reusfahl, vormittags 9 Uhr, im „Hotel Glasfabrik“ (für den Bezirk Elbogen). Referent: Genossin Burod-Karlsbad. Graßlitz, vormittags 9 Uhr, in Richard Paulus Gasthaus. Referent: Gen. de Witte, Karlsbad. Joachimsthal, vormittags 9 Uhr, im „Volksklub“. Referent: Genossin Horn, Karlsbad. Neudorf, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus „Zur gold. Sonne“. Referent: Gen. Wondrak, Karlsbad. Barringen, nachmittags 3 Uhr, in Schmarns Gasthaus. Ref. Gen. Wondrak, Karlsbad. Rohling, nachmittags 3 Uhr, in Reiterwirths Gasthaus. Ref. Gen. Lorenz, Neudorf. Petschan, vormittags 8 Uhr, in „Arbeiterheim“. Ref. Gen. Hein, Karlsbad.

Bezirkskonferenz Falkenau. Sonntag fand im Hotel „Weber“ in Falkenau die halbjährige Bezirkskonferenz statt, die von 18 Sozialorganisationen durch 32 Vertreter besetzt wurde. Von den Frauenorganisationen waren vier Vertreterinnen, von der Bezirksorganisation sechs Vertreter, von der Kreisorganisation Genosse de Witte aus Karlsbad anwesend. Außerdem waren die Arbeiter-Radfahrer, Turner, Sänger und die jugendlichen Arbeiter vertreten. Den Vorsitz führte Genosse Kraus. Genosse de Witte besprach in einem einundhalbstündigen glänzenden Referate die Notwendigkeit der Werbeaktion für unsere Partei und unsere Presse. Er verwies dabei auf das Erstarken der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, die sich ansetzt, die Arbeiterklasse niederzuringen. Mit den dümmsten Mitteln bekämpfen uns die Gegner und wenn sie Erfolge erzielen, so ist dies auf die geistige Rückständigkeit vieler Arbeiter zurückzuführen. Die Arbeiter lesen viel zu wenig ihre Parteipresse. Von den 34 Gemeinden des Bezirkes Falkenau geht in 28 Gemeinden der „Volkswille“, in 6 Gemeinden beziehen also das Parteiblatt nicht. Dabei wird die gemeinliche Presse massenhaft verbreitet. In Westböhmen erscheinen 15 Tagesblätter, 21 Wochen- und Halbwochenblätter, außerdem werden sechs große Prager Tagesblätter in unserem Gebiete verbreitet. Diesen 42 bürgerlichen Zeitungen steht ein einziges sozialdemokratisches Blatt gegenüber. Wir müssen daher alle Kräfte zusammenschließen, um nicht nur allein unsere Organisation auszubauen, sondern auch unsere Presse mehr Eingang bei den Arbeitern zu verschaffen. Nur so werden wir dem Sozialismus und mithin auch der Arbeiterpartei einen guten Dienst erweisen. Den Ausführungen des Genossen de Witte folgte lebhafter Beifall. Genosse Ray zeigte an der Hand von Jiffen den Stand der Organisation und der Presse in unserem Bezirke, nach welchem wir bei der Werbeaktion ein weites Betätigungsfeld finden. Die Werbearbeit wird zwar durch die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf Schwierigkeiten stoßen, trotzdem können wir große Erfolge erzielen, wenn die Aktion richtig durchgeführt wird. Bei der Werbearbeit ist auf die Frauen ein besonderes Augenmerk zu richten. Es sprachen noch die Genossen Franz-Falkenau, Lugner-Grasseth und Wörlitz, die den Ausführungen des Genossen de Witte zustimmten. Es wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Werbeaktion wird nach den vom Parteivorstand herausgegebenen Richtlinien in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai durchgeführt. Vom 22. bis 26. April haben in allen Orten Frauenvereine sämtlicher sozialdemokratischer Vertrauensmänner stattzufinden, um die Organisation der Werbeaktion vorzunehmen. Am 27. April finden in allen Orten Werbeveranstaltungen statt, zu denen die Mitglieder der Gewerkschaften, Genossenschaften und Sportvereine, soweit sie sich zu unserem Programm bekennen, einzuladen sind. In diesen Veranstaltungen ist über den Wert und über die Bedeutung der Arbeiterpresse zu sprechen. Werbeblätter und Versammlungseinladungen sind von den Sozialorganisationen direkt bei der Kreisleitung in Karlsbad rechtzeitig zu bestellen. Voraussichtlich am 6. Mai haben die Sozialorganisationen über das Ergebnis der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten.“

Ueber die Reiseleiter referierte Genosse Ray und wurde beschlossen, die Reiseleiter im Bezirke für die unteren Ortschaften in Falkenau und für die oberen Ortschaften in Königsthal abzuklären, und zwar am 1. Mai nachmittags 2 Uhr. Die Arbeiter-Radfahrer, Turner und Sänger haben ebenfalls an der Feier teilzunehmen. Nach Schluß der Demonstrationsveranstaltungen werden proletarische Feste stattfinden. Diesbezüglich werden noch nähere Weisungen an die Sozialorganisationen ergehen. Unter Punkt „Allgemeines“ magte Genosse Ray auf die Denkmalsenkung für die am 3. Mai 1894 erschossenen Bergarbeiter in Jieditz aufmerksam und forderte die Sozialorganisationen auf, sich an dieser Feier korporativ zu beteiligen. Es ist das erste proletarische Denkmal für Westböhmen. Die Feier findet am 4. Mai in Jieditz statt. — Weiters gab Genosse Ray bekannt, daß am 6. und 13. April in Karlsbad ein Bibliothekskurs stattfindet und sind die Sozialorganisationen verpflichtet, denselben zu besuchen. — Die von der Bezirksorganisation gemachten Vorschläge zur Werbeaktion der Bezirksverwaltungs-Kommission wurden zur Kenntnis genommen. — Genosse Kraus schloß um 2 Uhr nachmittags mit der Aufforderung, alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der beginnenden Werbeaktion zu stellen, die Konferenz.

Verleger: Dr. Ludwig Ege und Karl Cermak.
Beantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Solih.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfehlen sich dem P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Laden Lints! „Frauenwelt“

Das neue deutsche Blatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer 26 1.10. Eine Halbmonatschrift. Jede Nummer 26 2.— Zu beziehen durch die **Boltsbunhandlung** Kremser & Co. Zu beziehen durch die **Boltsbunhandlung** Ernst Sattler **Teplitz-Schönau,** Karlsbad, Acug Palace, Drefestengasse 18-20.